

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: Das Millimeter 6 Hg., Reklamen 20 Hg.
Für auswärtige, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche u. Finanz-Anzeigen 10 Hg. Reklamen auswärts 30 Hg.
Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung.
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108 und 109.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM.
Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rege fertigen keine Ersatzeinprüche.

Nr. 57

Donnerstag, 8. März 1928

81. Jahrgang.

Staatspolitik oder Standesegoismus

Das Ringen der Parteien um die Seele der Wählerschaft befindet sich gegenwärtig noch im Stadium einer mehr oder weniger sorgfältigen Vorbereitung. Das Kampfgelände wird sondiert, die Stoßtruppen gebildet, der Nachschub geregelt und durch gelegentliche Vorstöße der Aufmarsch der Gegner zu stören gesucht. Dies Vorpostengeplänkel dauert schon Wochen und weitere Wochen werden ins Land gehen, bis diese gelegentliche Effekthascherei zur Nebensache wird und die Hauptschlacht beginnt. Nur eine Gruppe von Gegnern des heutigen Staatsaufbaues scheint ihre Offensive bereits planmäßig beginnen zu wollen, eine ganz isolierte Gruppe, die mit den Mitteln einer primitiven etwas beleidigenden Demagogie die Wählermassen entpolitisieren will. Denn etwas anderes bedeutet das Ziel nicht, daß von den Vertretern des reinen Standesegoismus, von den Agitatoren der Standesparteien empfohlen wird. Diese Leute predigen die Abkehr von der Weltanschauungspartei. Sie verlangen den Zusammenschluß nach groß-materiellistischen Gesichtspunkten und sind eifrig bemüht, die Unzufriedenheit, die sich hier und da angesammelt hat, auf die Schultern der alten politischen Parteien zu wälzen.

Die von den Drahtziehern der Standesparteien betriebene Agitation ist unwahrhaftig, weil sie den Splitter im Auge des anderen vergrößert und den Balken im eigenen vollständig leugnet; sie ist unpolitisch, weil sie den in erster Linie das vollkommene Leben vorwärtstreibenden Kräften nicht den Rang einräumt, der ihnen gebührt, und sie ist schließlich unmoralisch, weil sie in konsequenter Durchführung das Gefühl der Volksverbundenheit aufheben und einen trassen Machtkampf innerhalb der Nation an dessen Stelle setzen muß.

Wirtliche Politik ist überall, ganz besonders bei uns in Deutschland nur denkbar als Staatspolitik, d. h. ein erträgliches Zusammenleben aller Schichten eines Volkes in dem ihm gegebenen Raum ist nur möglich, wenn die Richtlinien dieses Zusammenlebens von einem hohen, schicksalhaften Interesse in keiner Weise dienstbaren Standpunkt aus gegeben werden, wenn neben und über der körperlichen Wohlfahrt auch die seelischen und geistigen Wünsche des Gesamtvolkes gefördert werden, wenn hinsichtlich des Materielles sich jeder Staatsbürger der Wahrheit des Satzes bewußt bleibt: Vorübergehend kann man sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, aber die dauernde Wohlfahrt des Einzelnen ist unweigerlich abhängig von der dauernden Wohlfahrt des Ganzen. Staatspolitik ist also nur möglich, wenn sie von Parteien geführt wird, deren Handeln von weltanschaulichen, idealistischen Grundgedanken geleitet wird.

Die konsequente Durchführung des standesparteilichen Gedankens führt zur Atomisierung der politischen Kräfte, zur rücksichtslosen Auslieferung des Schwachen an den Starken. Die Angehörigen des Mittelstandes, die von der Wirtschaftspartei oder ähnlichen Parteigebilden ihr Heil erwarten, sollten sich einmal das Schicksal ausmalen, das ihnen bereitet würde, wenn beispielsweise die über ganz andere Mittel verfügenden Gruppen des Großkapitals und der Großindustrie sich zu gleich isoliertem Vorgehen entschließen würden, wenn von diesen Gruppen die Klammern abfielen, die ihnen von den weltanschaulich fundierten Parteien angelegt sind und die sie zwingen, nationalpolitische und gesamtstaatliche Gesichtspunkte nicht völlig außer Acht zu lassen.

Der standesparteiliche Gedanke ist der Vater der Parteizersplitterung und damit der Krisenerscheinungen, die unser heutiges staatliches Leben unzweifelhaft aufweist. Wer einen Blick auf die Reichstagsverhandlungen der letzten Jahre wirft, wird zweierlei bemerken. Er wird erkennen, daß die Schwierigkeiten, die einer schnellen und guten Erledigung wichtiger Beratungsgegenstände so oft bereitet worden sind, zum größten Teil auf das Konto des Standesegoismus ge-

hören und er wird zweitens einsehen, daß der Standesegoismus gar nicht in der Lage ist, kompakte Kraftzentren zu schaffen, sondern daß er mit Notwendigkeit zur Eigenbrödelerei und zur Zersplitterung führt. Wann jemals hat die Wirtschaftspartei, die doch das größte standesegoistische Parteigebilde ist, das unser politisches Leben bisher aufzuweisen hatte, geschlossen abgestimmt. Wann haben die kleineren Parteigruppen dieser Art es jemals vermocht, auf den Gang der politischen Geschehnisse irgendeinen Einfluß zu üben. Was anderes ist der tiefere Grund für die Schwierigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei als das ständige Streben ihres linken Flügels nach rein standesegoistischer Einstellung. Wo man auch hinschaut, erweist sich das standesparteiliche Prinzip als ein Hemmschuh der politischen Fortentwicklung.

Noch ein Sernegroß

Anscheinend neubelebt durch den fast unbemerkt gebliebenen Austritt eines Reichstagsabgeordneten aus der Zentrumsparität, eines Mannes überdies, von dem man, solange er Mitglied der Fraktion war, irgendeine aktive Regung niemals bemerkt hat, hat kürzlich der Parteispalter, der unter dem hochklingenden Namen „Volksrechtspartei“, seine Front bewußt, gegen das Zentrum richtet, in einem bombastisch aufgedonnerten Flugblatt Behauptungen aufgestellt, die zu einem Teil vollständig unwahr und z. a. absolut unsinnig sind.

Wenn in diesem Flugblatt gesagt wird, die Zentrumsparität habe in allen Lebensfragen der Sparer und der sonstigen Angehörigen des Mittelstandes vollständig versagt, so beweist das, daß die Veranstalter der Volksrechtspartei entweder sehr unwissende über den tatsächlichen Verlauf der Dinge höchst mangelhaft unterrichtete Leute sind, oder daß sie es mit der Wahrheit und mit der Ehre ihrer Mitmenschen nicht sehr genau nehmen. In beiden Fällen sind sie zu Führern des Volkes durchaus ungeeignet. Die Zentrumsparität hat sich in ihrer Sorge um den Mittelstand und die Gläubiger des Staates von keiner Partei, die sich der Verantwortung für ihre Handlungen bewußt ist, übertreffen lassen. Sie hat im Interesse dieser Volksgruppen alles getan, was sich im Hinblick auf die harten Umstände, in denen das deutsche Volk jetzt lebt, nur irgendwie tun ließ. Sie hat, da sie eine große politische Partei ist, den Realitäten, die mit Flugblättern und verlogenen Behauptungen nicht aus der Welt geschafft werden können, Rechnung getragen.

Das muß jede Partei, wenn sie zur verantwortlichen Führung von Staatsgeschäften berufen wird. Die Volksrechtspartei kann sich erlauben, den Leuten mit unwahren Phrasen und kahlen Versprechungen die Köpfe zu verdrehen, sie wird kaum einmal in die Lage kommen, durch Taten zu beweisen, die schwer ihre Werte wiegen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler Die Phöbus-Affäre

Berlin, 7. März. In Ausführung des letzten Beschlusses des Reichskabinetts empfing heute mittag 12 Uhr der Reichskanzler die Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, um sie über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen des Sparkommissars Dr. Sämisch zu unterrichten. Von zutüftlicher Seite verwahrt man sich mit größter Entschiedenheit gegen die Ausstellungen verschiedener Presseorgane, in denen behauptet wurde, daß von Seiten des Kabinetts auf den Sparkommissar Beeinflussungsversuche unternommen worden seien, die eine objektive Berichterstattung über die Phöbusangelegenheit erschweren könnten. Derartige Versuche seien niemals unternommen worden, noch beabsichtigt.

Der Personaletat verabschiedet

Berlin, 8. März. In den letzten Tagen ist vom Reichskabinet der Personaletat verabschiedet worden. Der Reichsfinanzminister wird nunmehr seine Aufstellung machen und den Etat darauf dem Reichstag zuleiten, nachdem er vorher dem Reichsrat unterbreitet worden ist.

Damit sind sämtliche dem Notetat angehörenden Punkte von der Regierung erledigt.

Deutsch-französische

Wirtschaftsvereinigung und Rußland

Moskau, 7. März. Der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung hinsichtlich einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem russischen Markt wird in maßgebenden Moskauer Kreisen mit großer Unruhe beurteilt. Augenscheinlich sind hierfür in erster Linie politische Gesichtspunkte maßgebend. Man befürchtet, daß eine solche Blockierung unter Umständen zu einem Werkzeuge unerwünschter Einengung und Behinderung in den Wirtschaftsbeziehungen werden könne. In Wirtschaftsbeziehungen wird die Auffassung laut, daß bei einer Verwirklichung der deutsch-französischen Front die Lage des russischen Handels sich naturgemäß verschlechtern müsse. In diesem Zusammenhang entwickelt man dann die drohende Gefahr, daß sich auf diese Weise russische Handelsbeziehungen nach Möglichkeit mit dritten Ländern entwickeln würden, sobald im Effekt durch die Kartellbildung sich wahrscheinlich eine rückläufige Bewegung des Handelsaustausches mit Deutschland ergeben würde.

Die katholische Presse

Eine Versammlung des Augustinusvereins

Köln, 6. März. Zur Erörterung von Differenzen in der katholischen Tagespresse trat am 5. März in der Kölner Bürgergesellschaft eine außerordentliche Generalversammlung des Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse zusammen, die von Verlegern, Redakteuren und anderen Mitgliedern zahlreich besucht war. In vielstündiger offener Aussprache wurde folgendes festgestellt:

1. Die Generalversammlung bedauert jegliche Polemik im eigenen Lager, welche es an Sachlichkeit und christlicher Toleranz fehlen läßt.
2. Sie ruft aufs neue die Grundsätze ins Gedächtnis, welche die Kommission des Augustinusvereins bezüglich des gegenseitigen Wettbewerbes und des Angelegentliches aufgestellt und seit Jahren durchzuführen sich bemüht hat.
3. Die Verdienste der katholischen Presse

Politische Neuigkeiten

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Aufführung des Films: „Die Erschießung Schills und seiner Offiziere“ verboten, desgleichen die Aufführung des Films „Der Fahnenträger von Sedan“.

Die am vergangenen Freitag, den 2. März paraphierte Vereinbarung zwischen Danzig und Polen über die Eisenbahnfrage ist Dienstag von den Vertretern beider Regierungen in Genf unterzeichnet worden.

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale hat beschlossen, den Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale für den 5. August nach Brüssel einzuberufen.

Wie in Völkerrundkreisen verlautet, wird sich der holländische Außenminister van Hockland zu den am 30. März in Königsberg stattfindenden litauisch-polnischen Verhandlungen begeben, bei denen er den Vorsitz führen wird.

Kriegsminister Painlevé wird am 18. März in Thoiry anlässlich eines Banketts eine Rede halten. Der Minister ist bekanntlich Kandidat für die Kammerwahlen im Wahlkreis Gex-Montun, zu dem Thoiry gehört.

Der bekannte Führer des sogenannten Trotzkischen Flügels der russischen Opposition, Karl Radek, der nach Smolensk verbannt war, ist auf der Flucht von seinem Verbannungsort verhaftet worden.

Der amerikanische Senat hat Dienstag den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ohne Abstimmung nach kurzer Erörterung ratifiziert.

um die Pflege der katholischen Weltanschauung, des sozialen Sinnes und der christlichen Staatsauffassung wurden uneingeschränkt anerkannt.

Unser Ideal ist eine Tagespresse, welche die Tagesereignisse schnell und übersichtlich berichtet, dem Standpunkt der katholischen Überzeugung konstant und lebendig Rechnung trägt und ihn in ihrer ganzen Haltung dauernd auszuwirken sich bestrebt.

4. In diesem Sinne begrüßt die Generalversammlung die technische, wirtschaftliche und redaktionelle Zusammenarbeit in der katholischen Presse, ohne dabei eine Verstrickung oder Meinungsmonopolisierung zu befürchten. Andererseits wünscht sie häufigere Aussprachen mit Vertretern aller großen Berufsstände und Volksschichten, um Stimmungen kennen und auf sie eingehen zu lernen, die dem Vertrauen zwischen Presse und Leserschaft abträglich sein können.

Deutscher Reichstag

Wirtschaftsetat und Verkehrsfragen

Berlin, 7. März. Im Reichstag stand auch heute noch die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums auf der Tagesordnung. Zu Worte kamen jedoch nur noch die Vertreter der kleineren Fraktionen. Nach Beendigung der Aussprache nahm das Haus eine Reihe von Abstimmungen zum Wirtschaftsetat vor. U. a. wurde ein Antrag auf größere Berücksichtigung des Handels und Gewerbes bei Vergütung öffentlicher Aufträge angenommen. Der Etat selbst wurde ohne Abstriche bewilligt. Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts wurde abgelehnt.

Es folgte die Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums, die der Reichsverkehrsminister mit einer längeren Rede einleitete. Der Minister betonte die Notwendigkeit, daß im Interesse der Gesamtwirtschaftslage die beiden großen Träger des deutschen Verkehrs, nämlich die Reichsbahn und die Binnenschifffahrt, sich gesund erhalten. Am gesamten Güterverkehr sei die Binnenschifffahrt gegenwärtig mit einem Fünftel beteiligt. Auf das Gebiet der Seeschifffahrt übergehend wies der Minister auf den kräftigen Wiederaufstieg unserer Handelsflotte hin, die wieder ungefähr 3,5 Millionen Bruttoregistertonnen umfasse, gegenüber 600 000 Bruttoregistertonnen bei Friedensschluß.

Was den Kraftwagenverkehr betrifft, so habe sich auch dieser günstig entwickelt. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wies Minister Koch auf die bemerkenswerten Fortschritte der deutschen Luftfahrt hin. Leider sei auch die Luftfahrt im besetzten Gebiet noch immer unfreier als sogar der deutsche Luftverkehr in Frankreich und Belgien. Der Minister ging dann auf die Finanzlage der Reichsbahn ein. Er betonte, daß die Reichsbahn im Zeichen einer günstigen Konjunktur stehe und ihre Einnahmeschätzung von 4,3 Milliarden im letzten Jahre stark überholt habe.

Bezüglich einer Tarifierhöhung bei der Reichsbahn teilte der Minister mit, daß das Reichskabinet nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse zu dem Ergebnis gekommen, daß die Notwendigkeit zu einer Tarifierhöhung zurzeit nicht vorliege.

In der Aussprache forderte, der Sozialdemokrat Schumann einen weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Dr. Alame, (Dtn.) vermehrte es, daß die Reichsbahn in erster Linie der Förderung

Heute Beilagen

Der Familienfreund
Das Handwerk.

der heimischen Wirtschaft diene, wie das in anderen Ländern der Fall sei.
Der Volksparteiler Mittelmann war gleichfalls der Ansicht, daß die Reichsbahn möglichst bald wieder unter die Verwaltung des Reichskabinetts kommen müßte.
Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

Haushaltsauschuß des Reichstags

Berlin, 7. März. Der Haushaltsauschuß des Reichstages führte heute die Aussprache über den Etat des Reichsinnenministeriums fort. Reichsinnenminister von Reubell erklärte bezüglich des Ministerpensionsgesetzes, daß ein derartiger Entwurf dem Kabinett zwar bereits vorliege, daß sich aber die Notwendigkeit einer nochmaligen Nachprüfung ergeben habe, so daß eine Verabschiedung dieses Gesetzes noch in dieser Reichstagsession nicht mehr zu erwarten sein dürfte. Was die Aufführung von religiösen Filmen (Luther-Film) betreffe, so erklärte der Minister, daß die Oberprüfstelle eine richterliche Behörde sei, also das Reichsinnenministerium nicht in der Lage wäre, in das Verfahren einzugreifen. Er sei mit den zuständigen Stellen einig, daß gerade bei religiösen Filmen das größte Tatgefühl am Platze sei.

Preussischer Landtag

Berlin, 7. März. Der Preussische Landtag erledigte heute in dritter Lesung und endgültig das rheinisch-westfälische Eingemeindungsgezet. Das Gezet wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es folgte die Beratung des Abschnitts „Handel- und Gewerbeverwaltung“ aus dem Etat des Handelsministeriums. In der Aussprache wies Handelsminister Dr. Schreiber auf die Notwendigkeit hin, den durch die kapitalistischen Unternehmungen sehr geschwächten Gewerbe auch im Verwaltungswege jedmögliche Förderung gütlich werden zu lassen. Zur Konjunkturlage übergehend besprach der Minister das dauernde Investitionsbedürfnis der Wirtschaft, was außerordentlich charakteristisch für unsere Wirtschaftslage sei. Zum Schluß gab der Minister, der Hoffnung Ausdruck, daß bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Fährer zur Seite stehen, die die Lösung mit einem Blick aufs Ganze und mit Rücksicht

auf die wirtschaftlichen Gesamtmöglichkeiten anstreben.

In die Rede des Ministers schloß sich eine ausgedehnte Aussprache; jedoch wurden Abstimmungen zu diesem Etatabschnitt heute noch nicht vorgenommen. Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr.

Die Stellung Deutschlands im internationalen Luftverkehr

Ueber die deutsche Luftfahrt sprach der Tage auf Einladung der Deutsch-Schwedischen Vereinigung in Stockholm der Leiter der Luftfahrtabteilung im deutschen Reichsverkehrsministerium, Ministerialrat Brandenburg. Der Vortragende gab in sehr gedrängter Form einen Überblick über die Stellung Deutschlands im internationalen Luftrecht, über den Stand des innerdeutschen Luftrechts und über den Stand und die Ziele des deutschen Luftverkehrs, insbesondere auch über seine Eingliederung in die Luftfahrt der anderen europäischen Völker. Der Redner gab ferner eine Charakteristik der deutschen Luftfahrzeugtechnik und der sie beschäftigenden Probleme. Hierbei streifte er auch das Verhältnis zwischen Luftschiff und Flugzeug.

Aus den Ausführungen des Herrn Brandenburg über die Erdorganisation des deutschen Flugdienstes ergab sich eine bemerkenswerte Entwicklung der deutschen Flughäfen, die mit verhältnismäßig geringen Geldinvestitionen des Reichs dadurch erreicht worden ist, daß auch die Stadtgemeinden, die preussischen Provinzen und die deutschen Länder Interesse für die Entstehung brauchbarer Flugplätze gezeigt haben.

Auch über die Organisation und die Methoden der Deutschen Verkehrsfliegerschule sowie über den von den Vereinen betriebenen Flugport äußerte sich der Redner reichhaltig. Seine Ausführungen ließen erkennen, mit welchem Eifer Deutschland das Problem der Luftfahrt von der kommerziellen Seite her in Angriff genommen hat. Besonders eindrucksvoll war der Hinweis des Vortragenden darauf, daß die deutsche Luftfahrzeugindustrie sich in einer schwierigen Lage befindet, weil ihr mangels einer militärischen Luftfahrt in Deutschland Seereslieferungen verweigert sind, welche in den übrigen europäischen Ländern den bei weitem größten Teil des Umsatzes der Industrie decken. So sei es gekommen, daß die deutsche Luftfahrzeugindustrie sich mehr und mehr zu einer Art Studien-Forschungsweisen entwickelt habe.

Die christlichen Arbeiter und das Zentrum

Zur Duisburger Kundgebung der rheinisch-westfälischen Arbeiterzentrumswähler.

Im Fortgang der lebhaften Bewegung in welcher die christliche sich zum Zentrum bekennende Arbeitererschaft seit einigen Monaten geraten ist, hat, wie bereits ausführlich berichtet, am vergangenen Sonntag eine große Kundgebung der rheinisch-westfälischen Arbeiter-Zentrumswählerschaft in Duisburg stattgefunden. Stegerwald und Hirtfelder haben dort über das Verhältnis der christlichen Arbeiter zur Politik im allgemeinen und zur Zentrumspartei im besonderen gesprochen. Wir haben diese Rede mit dem Maßstab zu messen, den unsere katholische und Zentrumswählerschaft uns an die Hand gibt und da kann man mit Genugtuung feststellen, daß die Duisburger Kundgebung einen Geist atmet, der vor der Kritik wohl bestehen kann.

Man kann sagen, daß seit langem nicht mehr so treffend über die Stellung der christlichen Arbeitererschaft im Staate und in der Partei gesprochen worden ist. Aus der Rede Stegerwalds spricht einerseits das Bewußtsein von dem Werte des Standes zu dessen Führern er gehört, andererseits die klare Einsicht, daß dieser Stand bei aller seiner zahlenmäßigen Stärke und seiner kaum zu überschätzenden Bedeutung für das Volksganze, doch nur ein Stand neben anderen ist und daß aus diesem Grund eine Alleinherrschaft dieses Standes im Staate abzulehnen ist. Sie unterscheiden sich dadurch wesentlich von der Sozialdemokratie, deren ausgesprochenes Ziel die Aufrichtung einer Klassenherrschaft ist, denn sie ist eine bewußte Klassenpartei und erstrebt für diese Klassenpartei die Mehrheit in der Volksvertretung.

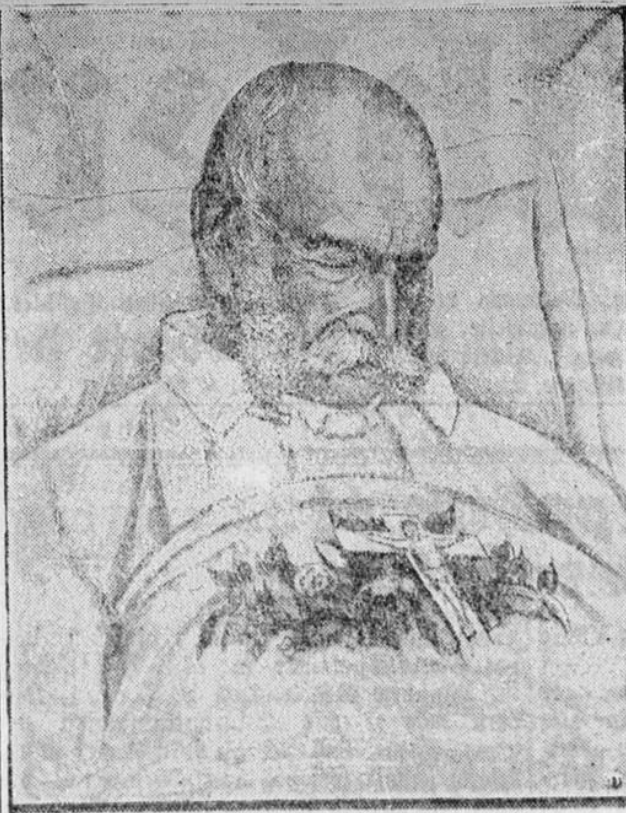
Daselbe was die christlichen Arbeiter in Duisburg über ihre Stellung zum Staate gesagt haben, haben sie auch über ihre Stellung in der Zentrumspartei erklärt: Sie wollen aus dem Zentrum keine Arbeitnehmerpartei machen. „Sie wollen keine neue Klassenpartei, sie wollen eine soziale Volkspartei“. Darin liegt das Bewußtsein zum alten unerschütterlichen Zentrumsgedanken und eine Volksgruppe, die von solchen Vorstellungen beherrscht ist, ist ein wertvoller Bestandteil der Gesamtpartei.

Als Stegerwald die St. Wigle aufzählte, mit denen das Zentrum gegenwärtig zu kämpfen hat, erwähnte er, auch die Tatsache, daß der größte Teil der Zentrumsanhänger stark durch die Standesorganisationen beeinflusst wird, denen er ange-

hört. In der Tat liegt hier wohl die ergiebigste Quelle für die Kalamitäten, unter denen wir in unserer Partei zu leiden haben und zwar nicht nur auf dem wirtschaftssozialen, sondern auch auf dem rein politischen Gebiet. Daß Stegerwald diese Tatsache registrierte, beweist gleichzeitig, daß er auch für die christliche Arbeitererschaft eine rein standespolitische Orientierung in den Fragen des Wirtschaftslebens ablehnt.

Diese durchaus positive Einstellung Stegerwalds zum Staate und zur Zentrumspartei läßt mit Leichtigkeit über die vielleicht einzige anfechtbare Stelle in seiner Rede hinweggehen, an der er sagte, dem Deutschen Gewerkschaftsbund würde es leicht sein, eine Partei mit 50 bis 70 Mandaten auf die Beine zu stellen, wenn er wollte. Stegerwald lehnte diesen Gedanken natürlich ab, aber es muß auch gesagt werden, daß er nicht zu vernünftigen wäre, selbst wenn der Wille dazu vorhanden wäre, denn bei den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind weder die Weltanschauungen, noch die politischen Voraussetzungen für die Gründung einer reinen Arbeitnehmerpartei gegeben.

In der Entschiedenheit, die die Duisburger Versammlung angenommen hat, wird die Notwendigkeit, auf die auch Stegerwald und Hirtfelder nachdrücklich hingewiesen haben, nämlich den deutschen Volkstaat sozial und kulturell auszubauen, in die erste Reihe der zu lösenden Aufgaben gestellt. Auch Gewerkschaftsführer Kaiser sagte in seinem Schlußwort, in der deutschen Politik müsse ein für allemal das Soziale in den Vordergrund gestellt werden. Die christlichen Gewerkschaftsführer, die auch in politischen Kämpfen bewährte Männer sind, sind sich zweifellos so gut wie irgend jemand darüber im Klaren, daß sich soziale Politik und reine Politik nicht scharf voneinander trennen lassen, daß sie vielmehr starke Berührungspunkte miteinander haben. Auf diese Zusammenhänge ist in der Stegerwaldschen Rede nur einmal angespielt worden, und zwar an der Stelle, wo er es ablehnte, aus den christlichen Gewerkschaften zentrumspolitische Organisationen im Sinne der Weimarer Koalition zu machen. Es ist in der Tat nicht so, als ob das Heil der christlichen Arbeitnehmer nur im Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gefunden werden könnte. Sie befinden sich da in einer ähnlichen Lage wie die Zentrumspartei. Christliche Arbeitererschaft sowohl wie Zentrum haben die schwierige Aufgabe, sich zwischen Sozial-



Kaiser Wilhelm I. auf dem Totenbett.

Zum 40. Todestage am 9. März 1928.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen, geboren 22. März 1797, gestorben 9. März 1888, auf dem Totenbett.

Charakter hindurchzuwinden, denn auch auf der Rechten lauern Gefahren, sowohl für die Politik wie für die Sozialpolitik. Darüber weiß jeder Bescheid, der sich in unserem Parteileben auskennt.

Man hat in Duisburg mit Recht eine Auffassung abgelehnt, die in der Staatsform den Inbegriff des Volkswohls erblickt. Aber wenn die christliche Arbeitererschaft in Duisburg das Bekenntnis „zum deutschen Volkstaat“ ablegte, so lag darin auch ein Bekenntnis zu dem Neugeordneten, indem zweifellos günstigere Vorbedingungen für die Pflege des christlichen und des sozialen Gedankens liegen, als im alten Obrigkeitsstaate, wenn sich die Vorläufer dieses Gedankens im neuen Staate nur nachdrücklich und klug betätigen. Dieser Hinweis auf das rein politische ist im Anschluß an die Duisburger Kundgebung vielleicht nicht überflüssig. Wir begrüßen diese Kundgebung, weil wir hoffen, daß von ihr starke soziale Impulse auf Staat und Zentrumspartei ausgehen und wir wünschen, daß es der christlichen Arbeitererschaft gelingen möge, wie in der Vergangenheit so noch mehr in der Zukunft, Männer in die Parlamente zu schicken, die es verstehen für den Aufstieg der Arbeitererschaft aus dem warmen Gefäß der Verbundenheit mit ihrem Stande, aber auch mit dem Gesamtvolke herauszuarbeiten. Dann wird die Bewegung in der christlichen Arbeitererschaft, deren Zeuge wir jetzt sind, dem Staate und der Zentrumspartei Nutzen bringen.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterstreik

Berlin, 7. März. Nach der Entlassung von 15 000 Arbeitern am Dienstag sind nunmehr sämtliche Siemens-Werke stillgelegt. Bei den Bergmann-Werken wurden weitere 25 000 Mann entlassen. Die Lorenz-Werke haben die gesamte Belegschaft entlassen.

Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 8. März. Nach schwierigen Verhandlungen in dem Berliner Metallarbeiterkonflikt, die bis in die späten Abendstunden hineinbauerten, wurde gegen 10 Uhr abends von der Schlichtungskammer ein Schiedsspruch gefällt, in dem bestimmt wird, daß die Stundenlöhne und Affordverdienste der Werkzeugschneider einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die sich nicht nur auf die einzelnen Afforde zu erstrecken hat, sondern vielmehr die Angemessenheit der Löhne und Afforde ganz allgemein feststellen soll. Auch die Erhöhung der Verdienste ganzer Gruppen im Werkzeugbau sei gegebenenfalls vorzunehmen. Sollte eine Einigung in den Betrieben nicht zustandekommen, so wird unter Mitwirkung der Verbände eine endgültige Entscheidung getroffen, wobei erforderlichenfalls die Affordberechnungen für die einzelnen Gruppen festzulegen sind. Des weiteren gewährt der Schiedsspruch, zu dem sich die Parteien bis heute nachmittags 4 Uhr zu erklären haben, den Arbeitnehmern ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung stichtiger Afforde durch Einsetzung einer paritätischen Kommission. Die drei unparteiischen Vorsitzenden in der Schlichtungskammer, Gewerbetar Körner, Minister a. D. Robert Schmidt und Minister a. D. Koch, haben dem Schiedsspruch zugestimmt.

Poincares Wahlreisen

Paris, 8. März. Die Presse teilt mit, daß Poincare seine schon wiederholt angekündigte politische Wahlrede am 25. März in Bordeaux halten wird. Außerdem werde der Ministerpräsident am 1. April in Carcassonne sprechen, um vor allem die Aufgaben des Parlaments in der nächsten Legislaturperiode darzulegen.

St. Gotthard vor dem Völkerbund

Die Befugnisse des Ratspräsidenten

Genf, 7. März. In der heutigen Geheim Sitzung des Völkerbundsrates kam es zu einer Diskussion über die Befugnisse des Ratspräsidenten, wobei der vorjährige Ratspräsident Tcheng Lo erklärte, daß er nach Fühlungnahme mit einigen Ratsmitgliedern sich für berechtigt gehalten habe, in der St. Gotthard-Angelegenheit das bekannte Telegramm abzusenden, um die Autorität des Rates zu wahren. Schließlich wurde auf Vorschlag Stresemanns beschlossen, mit der Prüfung der Befugnisse des Ratspräsidenten bis zur Klärung des St. Gotthard-Falles zu warten und in einer der nächsten Sitzungen des Rates dieses Problem zu besprechen.

Verstärkung der Befugnisse des Völkerbundssekretariats?

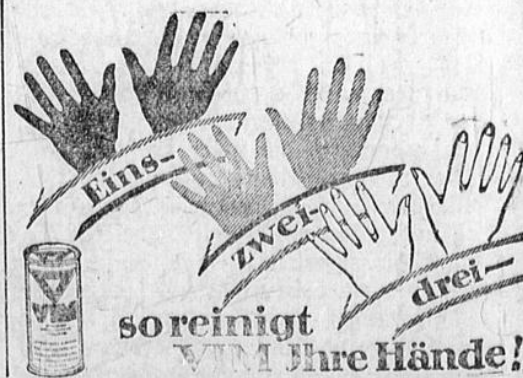
Paris, 7. März. Nach dem Genfer Sonderberichterstatter des „Matin“ würde der französische Außenminister Briand dem Völkerbundrat vorschlagen, die Befugnisse des Völkerbundssekretariats zu den Ratstagungen zu verstärken.

Woldemaras geht nicht nach Genf

Genf, 6. März. Auf die Aufforderung nach Genf zu kommen, hat der türkische Ministerpräsident Woldemaras geantwortet, er sei zu spät verständigt worden, um Stellung nehmen zu können und er sei nicht in der Lage, die Angelegenheit in Genf selbst zu vertreten oder vertreten zu lassen.

Ein Beleidigungsprozeß des Preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 7. März. Vor dem erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichtes Berlin-Mitte fand am 6. März der Beleidigungsprozeß des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur des Deutschen Tageblattes Knoboda statt. Der Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde: Am 14. Oktober 1925 erschien im Freiheitsschlampfer, eine Beilage des deutschvölkischen Tageblattes ein Artikel, der in beleidigender Weise gegen den preussischen Ministerpräsidenten den Vorwurf erhob, er habe eine Wohnung beschaffen, indem er an den ihm befreundeten Bürgermeister von Charlottenburg Bettelbriefe wegen Beschaffung einer Wohnung für einen Ausländer gerichtet habe, der Ministerpräsident gehöre wegen Gesetzesverletzung vor den Staatsgerichtshof. Wie die Beweisaufnahme ergab, sind sämtliche von dem Angeklagten erhobenen Vorwürfe vollständig haltlos und sachlich unbegründet. Das Urteil lautete entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf 800 Mark Geldstrafe, Publikationsbefugnis sowie auf die üblichen Nebenstrafen.



Rundgebung für Südtirol

Innsbruck, 7. März. Im hiesigen Stadtsaal fand eine von über 4000 Personen besuchte Veranstaltung der Sozialdemokratischen Partei statt, um sich gegen die Verleugung Mussolinis zu wenden, Kundgebungen deutscher Männer und Frauen im österreichischen Nationalrat von Seiten anderer Körperschaften unterlagen zu werten. Zu Beginn der Versammlung gelangte ein Telegramm des deutschen Reichspräsidenten an die Versammlung, das folgenden Wortlaut hat: „Umwandelbare Treue und Solidarität wahren den unterdrückten Deutschen Südtirols das ganze deutsche Volk.“ Die Verlesung des Telegramms wurde mit stürmischem Beifall begrüßt. In seiner Ansprache wies Nationalrat Abram die Ausführungen Mussolinis sehr entschieden zurück. Das ganze deutsche Volk des In- und Auslandes sei mit den Deutsch-Österreichern darüber einig, daß wir die Pflicht haben, für die Deutschen Südtirols uns einzusetzen.

Sogar die deutschen Familiennamen sollen verschwinden

Innsbruck, 8. März. Wie aus Bozen gemeldet wird, beginnt das Amtsblatt des faschistischen Giarlatana mit der Veröffentlichung einer Liste deutscher Namen, die italienisiert werden sollen.

Abreise des Königs Amanullah aus Berlin

Berlin, 7. März. König Amanullah empfing heute mittag die Vertreter der Berliner Presse und Vertreter der auswärtigen Zeitungen und ließ durch einen Dolmetscher der deutschen Presse den Dank für den warmen Empfang und die zum Ausdruck gebrachten Sympathien für Afghanistan aussprechen.

Heute nachmittag 3.30 Uhr reiste König Amanullah nach Eisen ab. Um 12.45 Uhr stattete er dem Reichspräsidenten einen Abschiedsbesuch ab, den dieser um 2 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weizsäcker erwiderte.

Münster i. W. Auf der Straße nach Bielefeld ein Kraftwagen mit einem Motorradfahrer, einem Studenten Heinz Lenas aus Münster, zusammen. Der Student starb bald nach dem Unfall an den Folgen der schweren Verletzungen. Der Führer des Autos, der Kaufmann Fritz Bultmann aus Haltern und seine Frau wurden durch Schutthunden im Gesicht erheblich verletzt. Die Schuld an dem Unfall soll den Studenten treffen, der sein Motorrad nicht beleuchtet hatte.

Westdeutschland

• Köln: Einen unglaublich großen Diebstahl führte ein etwa 20-jähriger Bursche am Montag Morgen 10 Uhr in einem Friseurgeschäft auf dem Ring aus. Er gelangte auf unerklärliche Weise auf den Speicher und in eine Mansarde des Hauses. Dort packte er sich ungefähr 200 Mark Perlen und um für etwa 150 Mark Kleiderstücke zusammen in einen Karton. Dann kletterte er die Treppe herunter und unten auf dem Flur erbat er sich von der Geschäftsfrau, die nichts ahnte, ein Stilleschloß, um sein „Paket“ einzupacken. Die Frau holte ihm das Schloß, die er dankend in Empfang nahm und sich dann mit einem „Guten Morgen“ empfahl. Er gelangte ungehindert durch den Flur auf die freie Straße.

• Stolberg: (Eine gesunde Gegend.) Nach den statistischen Aufzeichnungen lebt in der hiesigen Gegend eine größere Anzahl von Leuten, die bereits das 80. Lebensjahr überschritten haben. Wie das „Echo d. Gegenden“ meldet, wurden in Stolberg über 150 Personen von über 80 Jahren gezählt. Auffallend groß ist auch die Zahl der goldenen Hochzeiten, die in Stolberg gefeiert werden. Am vergangenen Sonntag konnten nicht weniger als drei Paare dies feierliche Fest begehen.

• Elsborg: (Das Spiel mit der Schußwaffe.) Schon wieder hat das Spiel mit der Schußwaffe ein Todesopfer gefordert. Ein junger Mann von hier legte im Scherz auf seinen Freund mit einem Revolver an. In der Meinung, daß dieser nicht geladen ist, drückte er ab. Der Schuß traf seinen Freund so schwer, daß dieser ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

• Koblenz: (Vom Weinbau.) Bei dem günstigen Wetter der letzten Wochen konnten die Rebhiebarbeiten floriert gefördert werden. Die Arbeiten sind zum größten Teil beendet. Die Regalarbeiten konnten gleichfalls ohne Unterbrechung vorgenommen werden. Den Neuanpflanzungen mit Wurzel und Blindreben wurde Beachtung geschenkt. Viele Neuanlagen füllten die lückenhaften Weinbergebestände aus. Die Preise für Weinberge haben eine kleine Steigerung erfahren. Das Weinhandelsgeschäft ist ruhiger geworden. Man wartet allgemein die Preise der kommenden Weinversteigerungen in Badarach und Koblenz ab. Die in den letzten Tagen zum Verkauf gelangten Weinmengen 1927er wurden je Hektar mit 1 300 bis 1 500 Markennote verkauft.

• Dortmund: (Der Mörder verhaftet.) Am 28. Februar wurde der 55-jährige Knecht in Elffe bei Soest verhaftet als Leiche in dem Leich des Gutsbesizers aufgefunden. Der Körper war mit einer Kette zusammengebunden und mit Steinen beschwert, um den Hals war eine Hanfschnur gewickelt, mit der Halskette erbrochelt worden war. Beamte der Landeskriminalstelle Dortmund ermittelten jetzt als Täter den auf dem Gutshof beschäftigten Knecht Karl Wagner. Er wurde verhaftet.

Aus der weiten Welt

• Geheimnisvoller Mord.

Schulkind, die in St. Rufine, einer kleinen Ortschaft bei Metz, dieser Tage morgens die Schule verlassen fanden, benachrichtigten Nachbarn, welche die Türe des Schulhauses sprengten. Im Schulsaal fand man den Lehrer Oschold im Blute schwimmend auf; er war mit einem Beil erschlagen und seine Leiche mit einem Draht gefesselt. Man nimmt an, daß das Verbrechen abends begangen wurde. Oschold war gegen 10 Uhr abends heimgekehrt. Wahrscheinlich hatte sich der Mörder in das Haus eingeschlichen und dort versteckt. Das kleine Weib, mit dem er sein Opfer niedergeschlagen hatte, wurde in einem Loch des Kammerbodens gefunden.

• Ein weiteres Todesopfer bei der Necklinghauser Katastrophe.

• Necklinghausen, 8. März. Im Knappschäferkrankenhause ist jetzt ein weiterer schwerverletzter Bergmann seinen Verletzungen erlegen, die er bei der Seilfabrik-Katastrophe erlitten hat. Damit ist die Zahl der Toten auf 13 gestiegen.

• Von einem Elefanten getötet.

• Im Baseler Zoologischen Garten wollte Montag nachmittag ein früher bei Hagenbeck angestellter Elefantewart, der seit einigen Wochen den Dienst verließ, dem Elefanten ein Stilk Brot reichen. Der Elefant ließ die Hand des Wärters nicht los, sagte ihm mit dem Rüssel beim Kopf und drückte den Kopf gegen die Gitterstäbe, jedoch der Wärter sofort tot war. Das Tier wurde erschossen.

• Ein gemeiner Raubakt.

• 11 000 Bruteier zerstört.

• In der Nacht zum Dienstag wurden in einer Geflügelfarm der Ergon-Altiengesellschaft auf dem früheren Flugplatz in Karlsruhe in einem der Wirtschaftsgebäude Kisten mit 11 000 gestempelten Eiern, die als Bruteier verpackt werden sollten, von Einbrechern geöffnet und sämtliche Eier zerstört, daß sie nur noch eine breiige Masse bildeten. Die Eigentümerin der Farm, die Ergon-Altiengesellschaft, vermutet einen Raubakt.

• Zwei rote Frontkämpfer in der Notwehr erschossen.

• Prenzlau, 7. März. Wegen kommunikativen Terrors war über Prenzlau der kleine Belagerungszustand verhängt worden.

den, der gestern wieder aufgehoben wurde. Als darauf zwei angetrunzene Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes in einem Lokal einen Dentisten Müller, der seiner Partei angehörte, überfielen, erschlug dieser in der Notwehr die beiden Angreifer.

• Die Zivillage Zoubtows abgewiesen.

• Berlin, 7. März. Die 21. Zivilkammer des Landgerichts 1 hat eine Klage des Ehepaares Zoubtows gegen den Verleger und Verfasser des Buches „Der Herzogsroman der Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Lippe und Alexander Zoubtows. Eine Liebeslegende aus zwei Welten“, soweit sie auf Unterlassung der Verbreitung des Buches gestützt ist, abgewiesen, ebenso die Klage der Frau Zoubtowa auf Entfernung ihres Bildes.

• Sieben Aufsichtsräte beziehen 210 000 RM.

Die Fabrikate der J.B. Bemberg & Co., Barmen, sind als Luxuswaren bekannt. Der Aufsichtsrat der Firma erwies, daß der Umsatz der für 1925-26 rund 17 Millionen betrug, sich im letzten Geschäftsjahr auf 41,5 Millionen, also um fast 150 v. H. erhöht hat. Die Betriebsausgaben stiegen von 6,8 auf 11 Millionen Mark. Trotz 2,4 Millionen Abschreibungen verbleibt mit 3,1 Millionen noch ein Reingewinn in doppelter Höhe des Vorjahres, von dem an die Aktionäre 14 v. H. Dividende gegen 8 v. H. im Vorjahre gezahlt werden. Im Geschäftsbericht steht, wie die Deutsche Beamten- und Korrespondenz ergab, folgender Satz: „Die Hochkonjunktur hat bisher noch in vollem Umfange angehalten, die amerikanische Bemberg-Gesellschaft ist auf Monate hinaus ausverkauft, die Umsätze in den Augsburger und Barmer Werken sind weiter gestiegen und sämtliche Betriebe sind für längere Zeit voll beschäftigt.“

In der Generalversammlung berichtete der Aufsichtsrats-Vorsitzende, daß die gesamte Produktion von Bemberg bis Ende Juni ausverkauft sei, eine neue Fabrik in Frankfurt a. M. in kurzem die Arbeit auf, während die Produktion in den italienischen und amerikanischen Betrieben der Gesellschaft zu neuen Betriebsveränderungen nötig.

Den sieben Herren des Aufsichtsrats werden für ihre Tätigkeit 210 000 Reichsmark gezahlt, das ist das Dreifache des Vorjahres. Dieser Betrag hätte zur Lohnzahlung für etwa 1000 Arbeiter in einem Monat ausgereicht. Als sich die Arbeiter der Gesellschaft im Herbst 1927 an einer Lohnbewegung beteiligten, wurde die Belegschaft ausgesperrt, weil das Lohnkonto nicht höher belastet werden konnte.



• Erdbeben in Italien.

• Mailand, 7. März. Heute mittag kurz nach 12 Uhr wurde in Messina und Reggio Calabria ein heftiges Erdbeben von über zehn Sekunden Dauer verspürt. In beiden Städten kam es zu einer wilden Panik. In Reggio Calabria wurden verschiedene Häuser beschädigt und weisen viele Risse auf. Erhebliche Schäden werden auch aus Vagnaro und Palmi gemeldet. Aus anderen Orten der Provinz fehlen Nachrichten infolge der Unterbrechung der Telefonleitungen. Den Blättermeldungen zufolge scheint es sich um das stärkste Beben in Kalabrien und Sizilien seit der schweren Katastrophe des Jahres 1908 zu handeln.

• Unter schwerem Verdacht.

• Schifferstadt. Hier wurden einige junge Leute unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Die Verhaftung hat ihre Ursache darin, daß im letzten Jahre mehrere landwirtschaftliche Anwesen ein Raub der Flammen wurden. Während die Entstehungsurache nicht ermittelt werden konnte, fiel auf, daß immer nur in den Abendstunden eines Sonntags und hauptsächlich in den landwirtschaftlichen Gebäulichkeiten von Gasthöfen Feuer angelegt wurde. Um die Brandstifter zu überführen, ist für deren Ermittlung eine größere Belohnung ausgesetzt worden.

• Erdbeben auf Kamtschatka. Auf Kamtschatka ereignete sich ein starkes Erdbeben und zugleich der Ausbruch dreier Vulkanke, die zwei Tage lang Flammen und Asche ausstießen. Die Gegend auf dem Fuß Kamtschatka ist geborsten; die Behausungen der Jäger wurden zerstört.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl. Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Brühl und Umgebung

Brühl, 8. März 1928.

Wenn der Frühling kommt

Schon seit Wochen verkündet es die Natur und alles, was in ihr lebt, allen rauhen Lüften zum Trost: es wird Frühling. Und der März vermehrt von Tag zu Tag die Anzeichen des nahenden Frühlings. Bauernregeln sagen uns, wie sehr im März die Natur schon an ihrem Frühlingskleid arbeitet. Im Schoß der Erde macht sich die steigende Kraft der Sonne schon bedeutend fühlbar und ein altes Bauernwort sagt dazu:

An Aunigund (8. März)

Die Erde wird warm von unten.

Es muß sich denn der Bauern Arbeit darauf richten, Egge und Pflug vorzubereiten und Saatgetreide zu besäen, denn nun heißt es: Wenn Gregor ein sich stellt (12. März), muß der Bauer in das Feld. Ist der Monat März über seine Mitte hinaus, so geht es mit Riesenschritten und dem talentvollen Beginn des Frühlings entgegen. Dem eigentlichen Geburtstage des Frühlings geht als Vorläufer der Tag der heiligen Gertrud, der 17. März, voraus, die für den Bauern ganz besonders als Frühlingsbringerin gilt. Sagt doch eine alte Bauernweisheit von ihr:

Es fährt St. Gertrud

Die Kuh zum Kraut,

Die Biene zum Flug

Und die Pferde zum Zug.

Auch dem Waldbauern schlägt das Herz im Monat März schon frühlinghaft. Kommt doch jetzt der Vogel herangezogen, der „Vogel mit dem langen Gesicht“, der mit seinem scharfen Schnabel das Blut eines jeden Jägers schneller treiben läßt, die Schnepfe. Im Monat März pflegen ja auch die Sonntage zu kommen, die dem Jäger als Kennzeichen gerade für die Schnepfenjagd gelten: Der Sonntag Deul leitet die Jagd ein. Heißt es doch:

Deul — da kommen sie.

Dann weiter die nächsten Sonntage: Lacare — das ist das Wahre — und Judica, da sind sie auch noch da.

Der Palmsonntag bildet dann den Schluß, denn:

Palmarum — Tralarum.

Der Frühling ist die Zeit nicht nur der Sehnsucht, sondern auch des großen Vorausahnens. Kein Zufall ist es, daß in den Frühling das Osterfest fällt, das Fest der Auferstehung. Wie Osters als Höhepunkt des Frühlings die Überwindung des Todes bedeutet, so wird der ganze Frühling von jedem, der tieferen seelischen Regungen zugänglich ist, als ein Symbol der Überwindung aller Mächte der Dunkelheit und der Verlassenheit betrachtet. Es ist wie eine frühliche Gewissheit, die uns der Frühling lindert, daß es doch schließlich Licht werden muß, nicht nur Licht da draußen in der Natur, sondern vor allem tief drinnen im eigenen Herzen.

• Kirchliches. Morgen, Freitag, schließen die Exerzitien der Kinder, die demnachst aus der Schule entlassen werden. Um 8 (nicht 8.15) Uhr ist in der Pfarrkirche hl. Messe mit gem. hl. Kommunion.

• Elternbeiratswahlen. Die Neuwahlen der Elternbeiräte finden in diesem Jahre statt. Als Termin wurde von der Regierung in Köln, Abteilung für Kirchen und Schulwesen der 10. Juni angelegt.

• Freie Rektoratsstelle. An der Brühler Volksschule ist wegen Pensionierung der Inhaberin die Rektoratsstelle neu zu besetzen und zwar findet die Besetzung durch die Regierung statt. Meldungen sind zu richten bis zum 15. 3. 1928 an den zuständigen Schulleiter.

• Das Rheinland im Jahrhundert des dreißigjährigen Krieges. Ueber dieses Thema bricht morgen abend 8 Uhr in der Monatsversammlung des Eiselervereins der Geschäftsführer des Rheinischen Heimatbundes, Herr Dr. Bartmann-Düsseldorf. — Das Rheinland bietet im 17. Jahrhundert zahlreiche Parallelen zu unserer Lage während und nach dem Weltkriege. Aber wie heute zeigte sich auch damals die Gesundheit und unzerstörbare Kraft des deutschen Volkes am Rhein. Wohl hat der dreißigjährige Krieg und die auf ihn folgende Raubpolitik der Franzosen dem Rheinlande ungeheure Wunden geschlagen. Um so erstaunlicher ist es, wie selbst in diesem Jahrhundert die rheinische Kultur nicht vernichtet werden konnte und wie auf fast allen ihren Gebieten sich neues Leben regte, das unüberwindliche Werke schuf und dessen Wirkungen bis in unsere Tage fortleben. Die Tätigkeit der Deden und der geistlichen Kirchenfürsten hat auf den verschiedensten Arbeitsgebieten der Zeit eine bestimmte Richtung gegeben. Daneben blieb aber das Mäcenatentum der weltlichen Landesherren und die Schaffensfreude der Laien nicht zurück, so daß trotz des Jahrhundert des großen Krieges doch eine Zeit regen und vielseitigen Schaffens war.

Dr. Bartmann, der den Brühler Eiselervereins sein Fremder ist, wird in seiner ansprechenden Vortragsweise diese Fragen ausführlich behandeln und seine Ausführungen mit zahlreichen Bildnissen veranschaulichen. — Der Vortrag findet dieses Mal im oberen Saale bei Rösch (Ratskeller) statt. Eintritt frei! Mitglieder und Freunde des Eiselervereins werden zahlreich erwartet, zumal noch einige wichtige Vereinsangelegenheiten besprochen werden sollen. Bemerkenswert ist noch, daß der vom Verein beschaffte neue Lichtbildapparat bei Gelegenheit dieses Vortrages erstmalig vorgeführt wird.

• Mit rheinischer Volkstunde beschäftigt sich ein Lehrgang, den die Staats. Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen in den diesjährigen Osterferien in Köln veranstaltet, und an dem die hervorragenden Fachvertreter mitwirken, so Professor Dr. von der Hagen, Köln, Professor Dr. Baumann, Frankfurt a. M., Professor Dr. Webe, Köln, Direktor Dr. Steinbach, Bonn, Professor Dr. Meier, Freiburg i. Br., Professor Dr. Müller, Bonn, Direktor Dr. Creutz, Aachen. An den Lehrgang schließt sich eine vollständige Studienfahrt durch Ost- und Süd-Preußen an. Nähere Auskunft erteilt die Staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 6 u. 7.

• Das große Los in der Preussischen Lotterielotterie von 500 000 RM ist gestern morgen gezogen worden. Der Treffer fiel auf die Nummer 305 845. Es wurde in Aktielloren in Neumünster und in der zweiten Abteilung in Pforzheim in Bietelloren gespielt.

• Die Witterung am Freitag. Zeitweise trüb und kleine Regenfälle nicht ausgeschlossen. Temperaturen schwankend. Vorübergehend aufheiternd später sehr veränderlich.

• Gefunden wurde: 1 Porzellanplatte mit Inhalt, 1 Reineisenschale, 1 Schillermilch und Schüssel. Die Eigentümer können sich auf dem Polizeiamte Brühl-Stadt melden.

• V. Bohem: Jagdverpachtung. Am Dienstag, den 6. März, 4½ Uhr, wurde im Sitzungssaale des Rathauses Brühl-Land durch den Herrn Justizrat Hennrich im Beisein des Jagdvorstandes, des Gemeindevorstandes, des Gemeindevorstandes, der Gemeindejugend und 3 letzten Angebotenen. Dabei kommen ein Herr aus Köln-Süd und ein Metzgermeister aus Rülkheim in Betracht. Das Höchstgebot war 400 Mark. Die Jagd umfaßt 160 ha.

• Heide: Zweitaufführung der Operette „Das Glücksmädel“. Auf vielseitigen Wunsch findet am Samstag, den 10. März, im Saale Bessmann eine Wiederholung der am letzten Sonntag sehr gut besuchten und mit großem Beifall aufgeführten Operette „Das Glücksmädel“ statt. Karten im Vorverkauf sind im Vereinslokal zu haben. (Siehe Anzeige.)

Zur Aufklärungswoche über die Alkoholfrage

Für den Konsum von Alkohol und Tabak gibt das deutsche Volk jährlich etwa 7000 Millionen Mark aus. Für alle wissenschaftlichen Forschungen, d. h. alle Universitätslaboratorien, Forschungsstätten der Technischen und Landwirtschaftlichen Hochschulen, für Expeditionen, Akademien gibt die öffentliche Hand in Deutschland, also Reich, Staaten und Gemeinden etwa 180 Millionen Mark aus. Diese 180 Millionen Mark sind ein Fundament des Fortschritts, der Hilfe gegen Krankheit und Not, Waffe im Weltkampf der Wirtschaft, Mittel zur Erforschung der Erde. Die 700 Millionen aber, eine 39mal größere Ausgabe, sind in ihrer Höhe nicht zu verantworten. Wir bezahlen alle daran mit, auch diejenigen, die wenig oder kein Alkohol und Tabak verbrauchen. Die gewaltige Ausgabe lastet auf der deutschen Lebenshaltung und beugt manchen Mäden und manches Haupt tief zur Erde.

Professor Dr. Deffauer, M. d. R., Berlin.

Urteile des Tages

• Dittus. Auf eigenartige Weise zu Tode gekommen ist ein 13-jähriger Knabe in „Lüderhöhe“. Zwei Knaben führten an einem Spielplatz mit ihren Kälbern so heftig gegeneinander, daß beide starke Gehirnerschütterung erlitten. An den Folgen dieser Gehirnerschütterung ist einer der Schüler gestorben.

• Mainz: Der 20-jährige Kaufmann Heinrich von hier ist bei der Besteigung des Patersberg in der Fernweilgruppe tödlich abgestürzt. Die Leiche ist nach drei Tagen an einer vereisten Felswand aufgefunden worden.

Das erste Jahrgedächtnis
für meinen lieben unvergesslichen Gatten
Herrn Heinrich Komp
findet Montag, den 12. März, 8 Uhr in der Pfarrkirche zu
Bochem Katt, wozu frdl. einladet
Frau Marg. Komp
geb. Kremer.


Bratschellfisch Pfd. 25 Pf.
Schellfisch mittel „ 35 Pf.
Kabeljau „ 28 Pf.
Rohesser 5-Pfd.-Kiste 98 Pf.
Feinste Sprotten 5-Pfd.-Kiste 55 Pf.
Grüne Keringe 5 Pfd. 72 Pf.
Rheinisches Kaufhaus
für Lebensmittel. C. Stüßgen
Uhlstraße 46. Brühl Kölnstraße 9.

Zu jeder Zeit
empfehlen wir uns den verehrlichen
Vereinen und Gesellschaften, sowie
den Herren Festwirten zur Anfertigung
von
**Plakaten
Programmen
Eintrittskarten**
Buchdruckerei der Brühler Zeitung
Peter Becher G. m. b. H.
Schloß-Straße 28 Fernspr. 108 u. 109

Den geehrten Bewohnern von Heide und Grubwerk
zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich am heutigen
Tage **Villestraße 19** einen
DAMEN-SALON
eröffne. — Durch aufmerksame und saubere Bedie-
nung hoffe ich, mir das Vertrauen der geehrten
Kundschaft zu erwerben und zu erhalten. Ich bitte
um geneigten Zuspruch.
P. Schumacher, Friseurgeschäft, Heide.

Der Arzt bestätigt's.

Seit ca. 400 Jahren ist das „Röhriger Schwar-
bier“ als wohlschmeckender Stärkungstrunk bekannt
und der Arzt bestätigt immer wieder, daß dieses
Bier durch seinen außerordentlich hohen Gehalt an
Nährstoffen für Kranke, Konvaleszenten, Wä-
nerinnen usw. ein ausgezeichnetes Mittel zur Ge-
sundung und Kräftigung ist. Das echte Röhriger
Schwarzbier erhalten Sie durch Josef Knipper,
Schützenstraße 45, Fernsprecher 375 und in allen
durch Schilder und Markate kenntlichen Geschäften.
Das echte Röhriger Schwarzbier ist nicht zu ver-
wechseln mit den oberährigen, durch Zucker gesüßten
Malz- und Weizenbieren.

König Harlekin

Existenz

Strebsame, ehrliche Leute können sich bei sehr
einem Verdienst eine sichere Existenz erwerben.
Holsteiner Margarine-Werk gibt seine erstklassige
Qualitätsware (Verkaufspreis 90 Pf., einschl. 10
Pfg. Rabatt) in Kommission und ist dieselbe an
Privatfondstisch abzugeben. Verdienst 20 pro
Str. Angebots unter N. D. 11. 483 bei:
Rudolf Wöhr, Köln a. Rh.

Rh. Lebensmittel-Vertrieb

sucht für Brühl u. Umgebung redigewandte Herren
als Verteiler.

Eager wird eingerichtet. Arbeitsfreie Herren
wollen sich melden Freitag vormittag von 10—11 Uhr
Bartelstraße 2. Klasse Brühl Babyhof.

Kronen Lichtspiele

Donnerstag, den 8. März, abds. 8 Uhr

Filmvortrag

Canada

das Land der eigenen Scholle.

Alaska

Ueberfahrt auf einem Dampfer des
Norddeutschen Lloyd Bremen

Der bekannte Vortragsredner
Obering. Heinz Bledner, Hannover.

Der neue große Riesensfilm von
Oberingenieur Dreyer zeigt nicht
nur die wirtschaftliche Bedeu-
tung, sondern die Schönheiten und
Reize, sowie einige seltene Natur-
wunder des unbekannten Canada.

Hersteller: Döring-Film-Werke Hanno-
ver in Gemeinschaft mit dem Nordd.
Lloyd Bremen.

Preise: Mk. —,50 —,70 —,90 1,20

Restauration Besselmann

Heide

Auf vielseitigen Wunsch der
Bürgerschaft, Samstag, den
10. März 1928 2. Aufführung

„Das Glücksmädel“

Operette in 3 Akten

von M. Reimann u. Otto Schwarz

Musik von Otto Schwarz

— Orchesterbegleitung —

Einlaß 8 Uhr. Anfang punkt 9 Uhr.

Eintritt 1.— Mark

Karten im Vorverkauf sind im obenge-
nannten Lokale erhältlich.

Zu zahlreichen Besuch ladet frdl. ein
Theaterverein Unermüdlich u. B. Besselmann

Verkaufe jeden Freitag u.
Samstag prima Brat- und
Suppenfleisch sowie Fleisch-
wurst, Würstchen u. Gehacktes.

Rohmetzger M. Bonnen, Brühl, Wall-

Kaufe stets Schlachtpferde zu höchsten Tages-

preisen an. Tel. Amt Bonn 3140.

Brühl, Schloßstraße 15

Großer Gelegenheitskauf

nur Mutterkuchen zur Hälfte des Wertes.

1. großer Posten Wäsche für Herren, Damen und
Kinder. Störze und Liebergründchen, Herrenknoten
sowie herrliche Kommodenleichen und Damen-
kleider. — Jedes Teil ein Schlager, nie wieder-
kehrende Gelegenheit

nur Brühl, Schloßstraße 15.



Hier hilft nur

„Lebewohl“

das beste Mittel

gegen

Hühneraugen

u. **Hornhaut.**

Blechdose (8 Plaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fuß-**
bad gegen empfindliche Füße und Fußschwell-
schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apo-
theken und Drogerien. Sicher zu haben bei
P. Schmitter, Kölnstr. 15.

Mein Heidelberg, ich
kann dich nie vergessen

Zwangs- Versteigerung

Am Samstag, den 10.
März 1928, vormittags
11 Uhr werde ich in Brühl
im Wandalotale Hflstr. 4
versteigern:

- 1 ar. Laubauer
m. Verdeck,
- 4 Soias
- 2 Schreibtische
- 2 Küchenschänke
- 1 Stehlampe mit
Seidenschirm
- 1 Bierkrant
- 2 Delaemalde
- 1 Wandregulator
- 1 Ofen
- 3 Karren
- 1 Stute
- 9 Schweine
- 2 Zeffel
- 1 Vertiko
- 1 Flurschere
- 1 Damenrad

Torkler,
Obergerichtsvollzieher
in Köln.

Ab Freitag

morgen 9 Uhr billiger

Schweinefleisch- Verkauf

im Hause

Pingsdorf-Kolonie 62.

Prima

Schweine- fleisch

eigene Schlachtung,

verkauft Freitagmorgen

Heinr. Erkelenz,

Geildorf,

Alte Bonnstr. 195.

Knollen

zu verk. Frau Wind,

Mühlentstr. 37.

Gartenkies

blau-silber, wieder vor-

rätig. Fabrik u. zent-

nerweise Abgabe.

Leo Jakobs,

Kölnstr. 176 Tel. 219.

Straßentabak

rein überfeuchtet,

zu verkaufen.

1/2 Btl. 12 Pf., 10 ar. 0,50

Frau Chr. Trimborn,

Pingsdorf, Alte Bonn-

straße 73.

Enteneier

frisch abzugeben.

Schloßstr. 6.

Makulatur

billig abzugeben.

Geschäftsstelle

der **Brühler Zeitung.**

4 räderiger Handwagen

zu verkaufen.

Kölnstr. 88.

16 tönne Legebühner

nach oder teilweise zu

verkaufen.

300. Dülfschlag, Bäder,

Badorf.

Brennerei-Haarwass.

bei Schuppen,

felltaem Haut, nervösen

Kopfschmerzen und

Haarausfall.

Wörthofener Kräuterkas

Fritz Hayne

Köln, jetzt Blaubach 7

am Waldmarkt

gegr. 1901 Tel. 8443

Gut erhaltener

Sportwagen

(gepolstert) preiswert zu

verkaufen.

Burgstr. 7 Unterhaus.

2 elctr.

Brutapparate

mit Präzisions-Regulie-

rung a 100 Eier Einlage

preiswert abzugeben.

Wo sagt die Geiß. 409.

Standuhr

mit schönem Schloß, fast

neu, billig zu verkaufen.

Zu erfragen Geiß. 411.

Gebr. Nähmaschine

billig zu verkaufen.

11. Straße 58.

Gluck

geg. 1/2 Gege-

bühn zu ver-

kaufen. od. zu verkaufen.

Kölnstr. 32.

Anaben- und Herren- Mützen.

Eigene Anfertigung aller

Modens zu namend

billigen Preisen.

Seiten, Uhlstr. 129.

Mein Heidelberg, ich
kann dich nie vergessen

Grundsätzlich

solten Sie nur bei
Firmen kaufen, die in dieser
Zeitung inserieren. Sie stärken
dadurch Ihr Blatt, das sich durch erhöhte
redaktionelle Darbietungen dankbar
erweisen wird, und Sie haben
die Gewißheit, gut u. reell
bedient zu werden.

Hertzliche Bitte.

Freundlicher Leser, vergiß bitte nicht in der
beil. Beilage die Diavora des Dittens. Aus
Liebe zum liebenden Heiland, aus Liebe zu
den unterbrühten Wenigen, die uns bitte
zur Herz-Jesu-Kapelle Stalupönen.

Ein dankbares „Bergelt's Gott“ für alle edle Mü-
he. Westl. Str.

Kath. Pfarramt Bilderweilichen O/Pr.

(Postfach: Königsberg O/Pr. 2560).

Fahr- und Motorräder

fabrikneu, auf Teilzahlung, ohne Preisauf-

schlag, Anzahlung in Wochen resp. Monats-

raten **fünf Mark.** Verlangen Sie

von Staumend billige Preise. Segründet 1898.

H. R. Bergmann, Breslau 1 206.

Damen, die sich ihre

Garderobe selbst anfertigen

wollen, bekommen dieselbe fachgemäß

zugeschnitten und anprobiert.

Brühl, Markt 20.

Geschäftshaus

in bester Lage, 34 m

Tiefe, wegen Krankheit

u. Alter sofort zu ver-

kaufen. Offert. u. S. 8. 802

an die Geschäftsst.

Verdenklauselung.

J. Lebbin, Berlin W. 30,

Schlichtsch 60.

Einfamilienhaus

auch größer, mit guter

Anzahlung in Brühl zu

kaufen gesucht, möglichst

wenig Hauszinssteuer.

Angeb. u. S. 8. 800

an die Geschäftsstelle.

Wer verkauft

Wohn od. Geschäftshaus,

Villa, Landwirtschaft,

Gasthof, Fabrik od. sonst.

Vertrieb, auch Baugrund.

Sof. Angebote an

W. Schmitz, Köln-Zoll-

hof, Kölningerweg 144.

Gartenland

10 ar an der Vöchemer-

str. oben Kierberg zu

verpachten.

W. Schmitz, Köln-Zoll-

hof, Kölningerweg 144.

1 Stück

Ackerland

am Kierbergertad ge-

legen für 20.— zu ver-

pachten. Preis 600

W. Schmitz, Köln-Zoll-

hof, Kölningerweg 144.

Baustelle zu verkauf.

(Kölnmühle). Zu erfragen

Verdenk, Indengasse 119

8 ar Ackerland

am Kollweg zu ver-

pachten. Schwadorf 72.

Käse billig.

Holländer vollfett

ohne Rinde 9 Pf. 8.50

dto. 1/2 F. 9 Pf. 8.50

Edelkäse 10 Pf. 9.50

Schmelzkäse 9 Pf. 8.50

Portion. 120 Gramm

G. Seins, Käse-Fabrik

Damburg 20 B. 39.

Sanarienbühne

Gebotroller in großer

Auswahl zu verkaufen.

Engel, Wallstraße 18

Schulmachern.

Gegenrote Hände

und unehöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße, feilste **Creme Lador**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unschätzbare, Maitreie wunder voll kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Pulver ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem köstlich gepflündten Frühlingstrauch von Weiden, Magnolien und Rosen, ohne jenen berückenden, schmeich- geruch, den die vornehmste Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. — In allen Chlorodont-Verkaufs- stellen zu haben. — Bei direkter Einbringung dieses Zertifikates als Druckfache mit genauer und beifolgender geschriebener Adresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probe- sendung kostenlos überhandt durch Leo-Werte A. G., Dresden-N. 2014

König Harlekin

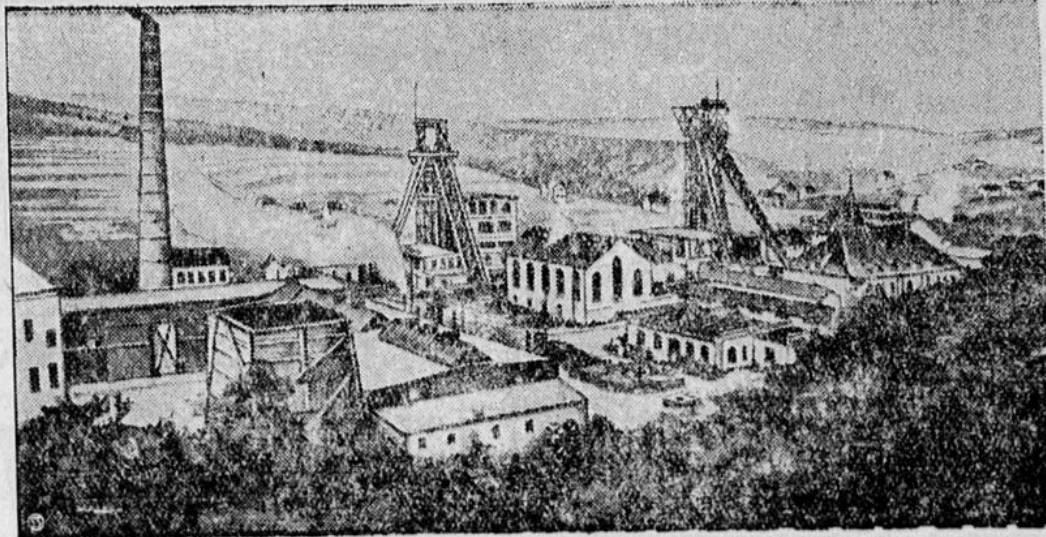
Steuererhebung

Von Dr. Croll.

Ww. Unter den praktischen Vorschlägen, die am 30. Januar der Reichslandbund und am 23. Februar der deutsche Landwirtschaftsrat gemacht haben, spielt eine Milderung in der Erhebung der der Landwirtschaft drückenden Steuern eine hervorragende Rolle. In erster Linie kommt natürlich die Einkommensteuer in Betracht. Die Einkommensteuer wird bekanntlich in Form von Vorauszahlungen erhoben, die dann auf Grund der nachträglichen Veranlagungen richtiggestellt werden. Für den Landwirt läuft das Betriebsjahr von Beginn der Ernte bis zum Beginn der nächsten Ernte. Die sehr ungünstigen Verhältnisse, die durch die sehr schlechte Ernte des Jahres 1927 entstanden sind, werden sich also erst im nächsten Betriebsjahr steuerlich äußern. Bis dahin müssen die Landwirte auf Grund der weniger ungünstigen Verhältnisse des Vorjahres Vorauszahlungen leisten. Diese Steuerbelastung ist im Hinblick auf die völlige Entblühung großer Teile der Landwirtschaft von jeglichem Bargeld eine unerträgliche Bürde. Daß bei den nächsten Steuerterminen Stundungs- und sogar Niederschlagsanträge der Landwirtschaft verständnisvoll und sogar entgegenkommend behandelt werden müssen, wird selbst von denjenigen anerkannt, die sonst der Landwirtschaft keine besondere Sympathie entgegenbringen.

Kann man aber bei der Einkommensteuer eine ungünstige Wirtschaftslage berücksichtigen, so ist das bei anderen Steuerarten, besonders bei der Vermögens- und bei der Grundsteuer, nicht der Fall. Beide Steuern knüpfen ja nicht, oder doch nicht in erster Linie, an die erzielten Erträge, sondern an andere Tatsachen, nämlich an einen theoretisch errechneten Vermögenswert des landwirtschaftlichen Betriebes und an einen nicht minder theoretischen Durchschnittsertrag an. Bei der Vermögenssteuer ist als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das Vermögen einen angemessenen Ertrag liefert. Wenn auch diese Steuer nach dem Vermögen bemessen wird, so soll sie doch aus dem Ertrag bezahlt werden. Liefert das Vermögen aber, wie es jetzt bei einem hohen Prozentsatz der landwirtschaftlichen Unternehmungen der Fall ist, keinen Ertrag, so kann die Steuer nur von dem Vermögen selbst genommen werden. Dann aber wird die Lage der Landwirtschaft noch trostloser, als sie ohnehin bereits ist. Auch die Grundsteuer kümmert sich nicht darum, ob der grundsteuerpflichtige landwirtschaftliche Betrieb wirklich Erträge geliefert hat. Auch die Grundsteuer müßte jetzt, wenn die betreffenden öffentlichen Organe (Länder und Gemeinden) auf volle Erhebung bestanden würden, vom Kapital genommen werden und die Lage der Landwirtschaft noch weiter verschlechtern.

Die in vollem Maße berechnete Forderung einer möglichen Schonung der Landwirtschaft bei der Steuererhebung darf jedoch nicht dazu verleiten, für ganze Bezirke oder Wirtschaftspraxis einen steuerlichen Generalpardon zu gewähren. Bei allen übrigen deutschen Staatsbürgern, die ihrer Steuerpflicht in vollem Umfange genügen müssen, ist es geradezu die psychologische Voraussetzung für eine gewisse Steuerfreudigkeit oder auch nur Steuerdisziplin, daß sie von der strengsten Unparteilichkeit der Behörden bei der Steuererhebung überzeugt sind. Es wäre eine höchst verderbliche Nebenwirkung einer milden Steuererhebungspraxis bei der Landwirtschaft, wenn in anderen Berufen der Glaube entstehen würde, man könne Leistungsfähige Steuerzahler. Die Folge davon wäre eine schwere Erschütterung der Steuermoral. Auf einem anderen steuerlichen Gebiete haben sich durch ungleichmäßige Erhebungspraxis bereits recht bedenkliche Zustände entwickelt, nämlich bei der Tabaksteuer. Ein recht großer Teil der Zigarettenfabriken ist mit der Bezahlung der bereits verwendeten Steuerbanderolen stark im Rückstande. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß ein beträchtlicher Teil der rechtlichen Zigarettensteuerforderungen des Reiches nicht eintreiben sein wird. Je länger eine endgültige Entscheidung über die selbstständigen Steuern und eine Bemessung der künftigen Steuerpflicht hinausgeschoben wird, umso nachteiliger wird das sowohl für ein Steueraufkommen des Reiches wie auch für die Steuermoral im gesamten Tabakgewerbe sein. Das Reich hat alles Interesse daran, den Einbruch zu verhindern, als dürfte ein steuerpflichtiger Berufsbezirk auf Nachsicht rechnen, wenn er sich gegen seine Steuerpflichtung auflehnt.



Die Krisis im saarländischen Kohlenbergbau

Viertausend Bergarbeiter entlassen.

Der saarländische Kohlenbergbau macht augenblicklich eine schwere Krisis durch. Trotz aller Vorstellungen der Gewerkschaften hat die französische Grubenverwaltung viertausend Bergarbeiter entlassen, und zwar ohne Rücksicht auf Dienstalter oder Familie, so daß Vergleiche mit mehr als 30-jähriger Dienst-

zeit und mehrfache Familienväter brotlos geworden sind. Da diese Bergarbeiter anderwärts nicht unterkommen können, haben sich die deutschen politischen Parteien des Saargebietes an das Reichsministerium, das auswärtige Amt und an die Deutsche Reichsbahn gewandt, da eine Behebung der Notlage nur durch verstärkte Abnahme von Saarkohlen möglich ist.

Unser Bild zeigt eine typische Grube des Saargebietes und zwar die Grube Luisenfeld zwischen Neunkirchen und Saarbrücken.

Die Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken

Die Richtlinien für das Jahr 1928

Bekanntlich läuft die rechtliche Wirksamkeit des Gesetzes über den Geldwertverteilungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. 7. 1926, des sogenannten Hauszinssteuergesetzes, mit dem 31. März dieses Jahres ab. Es soll durch ein Rahmengesetz zur Regelung der Realsteuern und des Geldwertverteilungsausgleiches bei bebauten Grundstücken, das sogenannte Steuervereinfachungsgesetz, abgelöst werden. Da dieses aber noch nicht sämtliche verfassungsmäßig gebührende Körperlichkeiten durchlaufen hat, so wird seine Verabschiedung wahrscheinlich nicht mehr rechtzeitig erfolgen können. Das Zentrum hat daher im Preussischen Landtag den Antrag eingebracht, das Staatsministerium solle möglichst bald eine Vorlage über den Weiterbestand des Hauszinssteuergesetzes über den 1. April 1928 hinaus einbringen, damit das Bauprogramm in den Gemeinden für das kommende Jahr frühzeitig genug aufgestellt werden kann. Um nun keine weitere Verzögerung und Ungewißheit eintreten zu lassen, haben der Preussische Minister für Volkswohlfahrt und der Finanzminister am 22. Dezember 1927 bereits die neuen Richtlinien für die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils an Hauszinssteueraufkommen erscheinen lassen.

Gegenüber den Richtlinien des Vorjahres vom 31. 12. 1926 enthalten sie nicht viel Neues. Selbstverständlich sollen die Hauszinssteuerehypotheken wieder in erster Linie der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen, wobei Kinderreiche und Schwerkranken bevorzugt zu berücksichtigen sind. Zwecks Hebung des hygienischen und kulturellen Niveaus müssen die zu errichtenden Wohnungen den wohnungsreformerischen Grundfäden der Neuzeit entsprechen, weil sonst in absehbarer Zeit wohl der Wohnungsmangel, nicht aber das Wohnungswesen beseitigt würde. In erster Linie sollen Bauten unterstützt werden, bei denen die Gesetze der Normierung und Typisierung beobachtet werden. Behelfs-, Not- und Werkwohnungen sowie Landarbeiterwohnungen kommen für die Beilegung mit Hauszinssteuermitteln nicht in Betracht. Dabei sind allerdings gewisse Ausnahmen zulässig.

Die Höhe ist wie bisher auf durchschnittlich 3000 RM. je Wohnung festgesetzt, kann jedoch in besonderen Fällen bis auf 5000 RM. gesteigert werden. Der Zinsfuß beträgt jährlich 3 Prozent und die Tilgung, bei Anwendung des Annuitätensystems 1 Prozent. Um die Mieten tragbar zu machen, und sie wenigstens etwas denen der Altwohnungen anzugleichen, kann jedoch der Zinsfuß auf 1 Prozent ermäßigt werden, insoweit und solange sich unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung eine höhere Miete ergeben würde als für entsprechende vor dem 1. Juli 1914 errichtete Wohnungen zu zahlen ist. Aus demselben Grunde fällt auch die Tilgung bis zum 31. März 1930 fort.

In die „Richtlinien“ sind sodann die Grundzüge des Erlasses neu hineingearbeitet worden, den der Preussische Volkswohlfahrtminister im Einverständnis mit dem Finanzminister am 5. März 1927 herausgegeben hat und der den Zweck hatte, in stärkerem Maße als bisher die Mittel des freien Ko-

pitalkontes zur Finanzierung der Neubautätigkeit heranzuziehen. Auf Antrag kann nämlich der Regierungspräsident und für den Ruhrkohlenfeldungsverband der Verbandspräsident die Genehmigung erteilen, daß neben den aus den bereits verausgabten Hauszinssteuerehypotheken zurückfließenden Beträgen auch ein Teil der im Jahre 1928 laufend aufkommenden gemeindl. Wohnungsbaukosten zur Sicherung von Bürgerkassen und zur Gewährung von Zinszuschüssen für solche Hypotheken Verwendung findet, die zu weiterer Finanzierung auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommen werden müssen. Dieser Betrag darf für Zinszuschüsse 6 Prozent und für Bürgerkassensicherungsfonds 4 Prozent der einer Gemeinde aus dem Hauszinssteueraufkommen des Rechnungsjahres 1928 zur Verfügung stehenden Wohnungsbaukosten nicht überschreiten. Die Hauszinssteuerehypotheken sollen also mit dieser Bestimmung nach Möglichkeit „gestreckt“ werden. Die z. Zt. herrschende starke Kapitalknappheit auf dem Realcreditmarkt dürfte allerdings die wohlgemeinte Absicht in diesem Jahre ziemlich illusorisch machen.

Wie die früheren, so sehen auch diese Richtlinien in besonderen Fällen die Gewährung von Zuschuypotheken bis zum Höchstbetrag von 1500 RM. je Wohnung vor. Der Zinsfuß beträgt jährlich 4 Prozent. Eine besondere Berücksichtigung finden hier minderbemittelte kinderreiche Familien, d. h. Familien mit 4 und mehr unversorgten Kindern, und minderbemittelte Schwerkrankenbeschädigte (insbesondere Kriegsblinde). Bei diesen kann in besonders dringlichen Fällen die Zuschuypothek so hoch festgesetzt werden, daß durch Hauszinssteuerehypothek und Zuschuypothek bis zu 90 Prozent der Gesamtbaukosten (einschließlich Grund und Boden) oder 100 Prozent der reinen Baukosten gedeckt werden.

Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerehypotheken und Zuschuypotheken sind an den Gemeindevorstand bzw. Bürgermeister oder Landrat zu richten. Dem Antrage muß außer der Baugeldrechnung ein Finanzierungsplan beigelegt werden, aus dem zu ersehen ist, daß der Bauherr die durch die Hauszinssteuerehypotheken nicht gedeckten Baukosten allein oder infolge rechtsverbindlicher Zusage Dritter zu beschaffen und die aus der Belastung sich ergebende Verzinsung und Tilgung zu tragen in der Lage ist. Gerade in der augenblicklichen Lage, wo die Finanzierungsmittel nur schwer zu beschaffen sind, muß dieser Nachweis reslos gesicherter Finanzierung mehr denn je gefordert werden.

Was sind Sapag-Pauschalreisen?

In der Reise- und Touristenwelt kann man zuweilen die Beobachtung machen, daß die widersprechendsten Ansichten über den Begriff einer Pauschalreise bestehen. Es sei daher in der Folge diese neuzeitliche aller Reisearten, die auch von der Hamburg-Amerika Linie seit langem sorgfältig gepflegt wird, kurz erklärt: Eine Sapag-Pauschalreise ist ein Reisebillet der Hamburg-Amerika Linie, bei dem der gesamte Reisepreis, also der Preis der Fahrt, Unterkunft, Verpflegung, auf Wunsch auch von Führungen, Wagensfahrten, Besichtigungen und

sonstigen Leistungen in einer Summe im voraus entrichtet wird und die Vorausbestellung der benötigten Hotelzimmer, Wagen, Führer, Plätze im Schlafwagen oder auf Dampfern usw. vom Reisebüro ausgeführt wird. Wie daher ohne weiteres ersichtlich ist, besitzt die Pauschalreise zwei Hauptvorteile vor jeder anderen Reiseart: Man kennt bereits vor Eintritt der Reise die genauen Kosten, welche sie verursacht, es gibt demnach keine unangenehmen Überraschungen, keine Nachforderungen und keine Nebenvorteilungen. Ferner ist für den Reisenden alles aus beste vorbereitet. Er wird am Bahnhof vom Hotelbedienten abgeholt, er findet im Hotel sein Zimmer vor, seinen gebuchten Tisch und, wenn er es wünscht, seinen Wagen und seinen Führer. Es liegt nun die Frage nahe, wie es möglich ist, daß das Reisebüro solche Leistungen übernehmen kann, ohne daß es den Reisenden auf der ganzen Fahrt durch einen Führer oder Bedienten begleiten läßt. Grundlage dieses Pauschalreisensystems sind Verträge, die die Sapag mit einer großen Anzahl von Hotels, mit Beförderungs-Unternehmungen aller Art, mit Führern und Dolmetschern in allen Hauptreisegebieten der Erde abgeschlossen hat. Verträge, auf Grund deren der Reisende zu festen Preisen und mit der größten Zuverlässigkeit bedient wird.

Aus der weiten Welt

: In Niederlahnstein sind in den letzten Tagen mehrere Typhusfälle festgestellt worden. Eine Person ist der Krankheit bereits erlegen. Man nimmt an, daß die Seuche von auswärts eingeschleppt worden ist.

: Ein in Niederbieber bei einem Landwirt beschäftigter 20-jähriger Knecht hat sich auf dem Heuboden seines Dienstherrn erhängt. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

: Bei einer Feuersbrunst, die ein Farmhaus in Fife Lake (Amerika) zerstörte, fanden sechs Kinder den Tod in den Flammen. Der Vater erlitt Verletzungen bei einem vergeblichen Versuch, sie zu retten.

: Unweit Jalapa in Mexiko überfielen gut bewaffnete Banditen einen Eisenbahnzug. Drei Passagiere wurden getötet und zehn verwundet. Nach Plünderung des Gepäckwagens entflohen die Räuber. Bundesstruppen sind zur Verfolgung entsandt worden.

: Offenburg. (Drei Jahre Zuchthaus für einen Heiratschwindler). Nach fünfjähriger Verhandlung vor dem Offenburger Gericht wurde nach zweistündiger Urteilsberatung der verheiratete Kaufmann Otto Köhler aus Strahburg wegen Heiratschwindels zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Von der Anlage des Betrugs wurde er freigesprochen. Sieben Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet; die Kosten fallen, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse zur Last, sonst dem Angeklagten.

: Kaiserslautern. (Rasch tritt der Tod den Menschen an). Anlässlich der staatspolitischen Kurse der christlichen Gewerkschaften im katholischen Vereinshaus erlitt am Sonntag der 57 Jahre alte Gewerkschaftssekretär Gotthard bei seiner zweiten Aussprache plötzlich einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

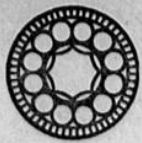
Verkehrsunfälle in Amerika.

Die Zahl der Unfälle, die der moderne Verkehr besonders in den Großstädten täglich verursacht, ist auch bei uns leider sehr groß; aber in den Vereinigten Staaten liegen die Verhältnisse noch weit ungünstiger. Dort sind nämlich im letzten Jahre, wie sich aus den amtlichen Statistiken ergibt, nicht weniger als 28.000 tödliche Verkehrsunfälle vorgekommen, darunter sind mehr als zehn-tausend Kinder. Durchschnittlich ereignen sich in den Vereinigten Staaten täglich 68 Todesfälle aus dem oben genannten Grunde. Verlegt wurden im Berichtsjahre 700.000 Personen, und der Sachschaden, der durch Verkehrsunfälle herbeigeführt wurde, wird mit 500.000.000 Dollars angegeben. Diese Zahlen sind um so bemerkenswerter, als man andererseits in keinem Lande der Welt solche Anstrengungen macht, um die Verkehrsunfälle zu verhindern oder doch wenigstens an Zahl zu vermindern, wie in Amerika.

Westdeutscher Rundfunk

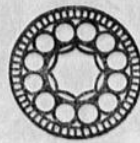
Freitag, 9. März.

- 13.05—14.30 Köln: Mittagskonzert.
- 14.30 Köln: Ratshörsäle fürs Haus.
- 16.15—16.45 Köln: Jugendfunk.
- 16.45—17.25 Köln: Medertin Stunde.
- 17.25—17.35 Köln: Das Ereignis d. Tages.
- 17.35—18.00 Köln: Vom deutschen Jugendrecht.
- 18.00—19.00 Köln: V. J. Per. onert.
- 19.15—19.45 Köln: Engl. Unterhaltung.
- 19.45—20.05 Köln: Arbeiterstunde.
- 20.05 Köln: König Nikola (Anfrage).
- 20.15 Köln: „König Nikola“.
- Anf. Köln: Letzte Meld. u. Sportbericht.
- Bis 24.00 Köln: Nachmusik.



Das Handwerk

Beilage der Brühler Zeitung



Das deutsche Handwerk im Februar

Aus einem Bericht des Reichsverbandes des deutschen Handwerks über die wirtschaftliche Lage des deutschen Handwerks im Februar d. J. ist zu entnehmen, daß die allgemeine Ruhe des Geschäftsganges wie im Januar auch im Februar angehalten hat. Lediglich das Baugewerbe und im geringeren Umfange das Schneidergewerbe verzeichnen eine leichte Belebung. Die Arbeitslosigkeit hat zwar nachgelassen, ohne jedoch einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftslage des Handwerks ausüben zu können. In den Teilen Deutschlands, wo der Fasching in größerem Ausmaße gefeiert wird, wirkte sich dieses für die weniger beteiligten Handwerkszweige günstig aus, dafür wurden aber die nicht beteiligten Handwerkszweige um so mehr in Mitleidenschaft gezogen.

Für das Handwerk ist jetzt die Lage des Geld- und Kapitalmarktes das Hauptproblem. Das ländliche Handwerk und auch das in Klein- und Mittelstädten, welches erheblich von der Landwirtschaft als Abnehmer abhängig ist, hat sehr unter dem schleppenden Eingang der Zahlungen zu leiden. Das Handwerk ist infolgedessen auf die Erlangung von Betriebskrediten angewiesen. Diese Aufgabe fällt in erster Linie den gewerblichen Kreditgenossenschaften zu, die zum größten Teil mit der Preussischen Zentralgenossenschafts-Kasse zusammenarbeiten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Preussischen Kasse aus der übermäßigen Inanspruchnahme ihrer Mittel im landwirtschaftlichen Kreditgeschäft ergeben, konnten daher auch nicht ohne Auswirkung auf die Kreditversorgung des städtischen gewerblichen Mittelstandes, vor allem das Handwerk, bleiben. Wie es in dem Bericht heißt, sind von den Mitteln der Preussischen Kasse acht Neuntel im landwirtschaftlichen und ein Neuntel im städtischen Kreditgeschäft angelegt. Die Vorgänge bei der Preussischen Kasse haben erneut die Frage nach dem zweckmäßigen Aufbau der Kreditwirtschaft des Handwerks aufgerollt. — Die Rohstoffpreise haben wenig Veränderung erfahren. Lohnerhöhungen sind kaum zu verzeichnen.

In einer öffentlichen Erklärung wendet sich der Reichsverband des deutschen Handwerks gegen die im Reichstag abgegebene Regierungserklärung, weil sich unter den vorgesehenen Hilfsmitteln für die Landwirtschaft auch solche befinden, bei denen die Wirkung auf die gesamte Wirtschaft außer acht gelassen worden sei, und die sich einseitig zu Ungunsten des Handwerks auswirken müßten. Staatliche Sonderkredite blieben ein Betäubungsmittel, denen eine umso größere Ernüchterung folgen müsse. Gerade weil das Handwerk auf das ergiebigste mit der Landwirtschaft verbunden ist, habe es das lebhafteste Interesse an ihrer Gesundung und an Maßnahmen, die tatsächlich eine Besserung herbeiführen können. Als solche kämen in erster Linie in Frage: Maßnahmen zur dauernden Erhöhung der Rentabilität, Abbau des Steuerdrucks, Minderung der sozialen Lasten, Rationalisierung in Gesetzgebung und Verwaltung sowie eine Umschulungsaktion, die von den betriebswirtschaftlichen Verhältnissen im Einzelfalle ausgeht und sich von kaufmännischen Grundfragen leiten läßt.

Es sei bedauerlich, daß das Notprogramm der Reichsregierung auf Fragen des Handwerks überhaupt nicht eingehe. Das deutsche Handwerk habe erwartet, daß die Verabschiedung der Novelle zur Gewerbeordnung über den Ausbau der Selbstverwaltung des Handwerks in das Notprogramm der Reichsregierung aufgenommen wurde. Das deutsche Handwerk werde es nicht verstehen können, wenn es nach einer Wartezeit von acht Jahren wieder einmal um die zugesagte Erfüllung seiner dringendsten Wünsche gebracht werden soll.

Gedanken zur Handwerkerbewegung

Von G. Altegoer, Mitglied des Landtags.

Die Gestaltung unserer heutigen menschlichen Gesellschaft auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet hat eine dauernde Bewegung der einzelnen Stände um ihre Behauptung und wirtschaftliche Besserstellung hervorgerufen. Diese Anstrengungen mußten sich auch im deutschen Handwerk durch seine Organisationen ausbilden, weil es neben dem Arbeiter am meisten durch die Folgen des unglücklichen Krieges und eine übermäßig belastende Steuer- und Geldlage zu leiden hat. — Das Handwerk, das auch nach dem jetzigen Urteil früher pessimistisch eingestellter prominenter Volks-

wirtschaftler sich überraschend widerstandsfähig und in seiner Praxis anpassungsfähig gezeigt hat, und das für eine gesunde Schichtung unseres Volkes auch wirtschaftlich einen unentbehrlichen Faktor bildet, kämpft mit Energie um seine berechtigten Daseinsbedingungen im heutigen Wirtschaftsleben. Das sich in technischer wie organisatorischer Richtung ganz anders einstellt, wie vor dem Kriege und dessen Anforderungen sich das Handwerk anpassen muß.

Infolge dieser Entwicklung können aber alle früher vielleicht berechtigten Forderungen nicht mehr in den Vordergrund gerückt werden, wie das auf Versammlungen in letzter Zeit geschehen ist. So z. B. die des großen Befähigungsnachweises, wonach nur der ein Handwerk ausführen darf, der dieses Gewerbe ordnungsmäßig erlernt und die Meisterprüfung bestanden hat.

Diese Forderung ist, wenn man die Bedrängung des Handwerks durch Großunternehmungen, Genossenschaften, Pächter, Schwarzarbeiter, durch die öffentliche Hand betrachtet, wohl zu verstehen, und doch ist sie unhaltbar. Es würde damit eine so weit gehende Einschränkung der Gewerbefreiheit verbunden sein, daß sie für die heutige Konstitution der gesamten deutschen Wirtschaft untragbar wäre. — Der 6. deutsche Handwerks- und Gewerbeamtag lehnte deshalb diese Forderung nach reiflicher Erwägung mit großer Mehrheit ab. — Der sogenannte kleine Befähigungsnachweis betreffs Vertiefung zur Ausbildung von Lehrlingen wird von diesem Beschluß nicht berührt. —

Es ist ein Fehler, wenn man in gewerblichen Kreisen heute noch hier und da die Forderung erhebt, die allgemeine Wirtschaft müsse sich unter allen Umständen den Belangen des Handwerks unterordnen. Nein, das Handwerk muß sich der neuzeitlichen Wirtschaftsform anpassen, muß mit den Erfordernissen der Neuzeit Schritt halten durch zeitgemäße Einrichtung seiner Betriebe. Durch diese Forderung mag manche Illusion zerstört werden, doch klare Erkenntnis der Folgen, die sich aus der heutigen Wirtschaftslage ergeben, sind notwendig, wenn sie auch manchmal nicht angenehm klingen mögen. Nur unter diesen Voraussetzungen wird die begonnene hoffnungsfrohe Erörterung des Handwerks die auch für die Allgemeinheit wünschenswerte Fortsetzung finden.

Auch unsere Organisationen dürfen nach meiner Ansicht keine reinen Zweckerhebungen bedeuten, wie es leider besonders bei manchen anderen Ständesorganisationen der Fall ist. Dadurch wird die Gefahr erzeugt, daß die Bewegung in einen ungerechten Egoismus verfällt, der sich ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit durchsetzen möchte. Gegen diese Geistesrichtung seiner Gegner hat auch das Handwerk in den letzten Jahren schwer zu kämpfen gehabt. Die Erstrebung wirtschaftlicher Vorteile für die einzelnen Mitglieder ist berechtigt, muß aber durch eine gewisse moralische Zielsetzung einen vernünftigen Zweck verfolgen. Jedes Mitglied einer Organisation soll bemüht sein, durch Entfaltung seiner Fähigkeiten und Anpassung an die veränderten Arbeitsmethoden etwas Nützliches durch seine Arbeit zu leisten zur Ehre seines Berufsstandes. Ohne diese Berufsgrundsätze wird auch die gegenseitige Achtung und Hilfsbereitschaft untereinander nicht vorhanden sein, und auch die Wirksamkeit der Organisationen wird nicht die wünschenswerte Auswirkung haben. Sofern diese sittlichen Grundsätze auf religiöser Grundlage aufgebaut sind, werden sie auch in unserer wirtschaftlich schweren Zeit bei der heutigen Erwerbsnot befolgt werden. Das Handwerk bemüht sich auch heute noch, seine berufständische Bewegung im organischen Zusammenhang mit Religion und guter Sitten zu erhalten. Diese Ideen werden auch in Zukunft wertvolle Triebkräfte der berufständischen Bewegung bleiben. Das Handwerk will zu den gesunden Bauzellen unserer Wirtschaft gehören und in dieser Meinung wird es sich auch unter den heutigen schwierigen Verhältnissen durchzusetzen suchen.

Das Handwerk gegen die Wirtschaftspartei

Eine Vollversammlung des Innungsausschusses Groß-Mülheims (Ruhr) nahm kürzlich eine Entschließung an, die sich gegen die Bestrebungen richtet, das organisierte Handwerk in den Streit der politischen Parteien hineinzuziehen. Die Entschließung richtete sich besonders gegen den von einflussreichen Kreisen propagierten Plan eines Bürgerblocks für Handel und Gewerbe und gegen die Wirtschaftspartei. Mehrere Mitglieder der Wirtschaftspartei, die in der Versammlung anwesend waren, protestierten gegen die Annahme der Entschließung, jedoch erklärte

der Vorsitzende, daß der Innungsausschuß seine Macht nicht dazu mißbrauchen könne, seine Mitglieder zu irgendeiner politischen Richtung zu drängen. Wohl werde den Mitgliedern empfohlen, entsprechend ihrer weltanschaulichen Einstellung sich parteipolitisch zu betätigen, um den Einfluß des Handwerks auf die ihnen nahe stehenden Parteien zu stärken.

Pfuschertum im Handwerk und seine Bekämpfung

Der Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft in Eberfeld schreibt uns:

Ebenfalls die Deutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften und die zuständigen Behörden seit Jahren bemüht sind, das Pfuschertum im Handwerk zu bekämpfen, wollen die Klagen des Handwerks und Gewerbes über seine Ausbreitung nicht verstummen.

Der Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft hält es deshalb für seine Pflicht, alle baubereitenden Behörden und privaten Bauherren darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Vergebung von baugewerblichen Arbeiten an Pfuscharbeiter, deren Betriebe von den zuständigen Behörden nicht als gewerbmäßig im Sinne der Gesetzgebung anerkannt sind, den Bauherren sowohl wie dem gewerbmäßigen Unternehmertum und nicht zuletzt auch der Allgemeinheit unermesslicher Schaden zugefügt wird.

Nur durch die Nichtzahlung von Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer und der Beiträge zur Reichsversicherungsanstalt ist es dem Pfuschertum möglich, Arbeiten zu Preisen zu übernehmen, zu denen sie der gewerbmäßige Handwerker, der seinen steuerlichen und sozialen Verpflichtungen nachkommt, nicht ausführen kann.

Zur Bekämpfung dieses Krebsgeschwüls am Handwerk und Gewerbe sollte es jedemmann als seine Pflicht betrachtet, dem zuständigen Finanzamt und der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft sofort Mitteilung zu machen, wenn er von der Ausführung von Pfuscharbeiten Kenntnis erhält, damit die Behörden früh genug in der Lage sind, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Nur Selbsthilfe kann hier zum Ziele führen.

Das westdeutsche Handwerk zur Arbeitszeitregelung

Mehr Rücksichtnahme auf die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes.

Von der Handwerkskammer Köln wird uns geschrieben:

Man wird wohl speziell dem westdeutschen Handwerk kaum den Vorwurf machen als hätte es bei den Vorberatungen über das Arbeitszeitgesetz sich nicht in jeder Weise bemüht, den Grundgedanken dieses Gesetzes, nämlich die schematische Gleichstellung von Industrie und Handwerk, zu befestigen. Leider waren aber die innerpolitischen Verhältnisse stärker als die durchaus begründeten wirtschaftspolitischen Erwägungen, so daß dringende Forderungen des Handwerks und Kleingewerbes, die für beide Lebenslagen bedeuteten, nicht erfüllt worden sind. Nachdem aber nun seit dem 1. Mai vorigen Jahres dieses Gesetz in Kraft ist, und man hinreichende Zeit gehabt hat, seine praktischen Auswirkungen tagtäglich zu beobachten, wird man es dem Handwerk nicht verwehren dürfen, auf Zustände hinzuweisen, die durch dieses Gesetz geschaffen und einer dringenden Abänderung bedürfen. Ohne auf die überaus wichtigen Zusammenhänge zwischen dem Verbot freiwilliger Mehrarbeit einerseits und dem Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit andererseits näher eingehen zu wollen, darf ganz allgemein gesagt werden, daß das Verbot freiwilliger Mehrarbeit im Handwerk ein außerordentlich großes Hemmnis für die wirtschaftliche Entfaltung sowie für die Produktivität seiner Betriebe ist.

Auch die im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten einer Durchbrechung des achtstündigen Arbeitstages bezw. der 48stündigen Arbeitswoche reichen nicht aus, um den Bedürfnissen einzelner Handwerkszweige gerecht zu werden. Um ein Beispiel anzuführen, sei auf die durchaus begründeten Klagen des Schmiedegewerbes hingewiesen. Bekanntlich ist gerade das Schmiedegewerbe in sehr starkem Maße abhängig von dem Transportgewerbe. Dieses letztere hat die 48stündige Arbeitswoche und auf diesen Umstand ist es wohl in der Hauptsache zurückzuführen, daß, um während der Arbeitszeit keinen Zeitausfall zu erleiden, die Transportgeschäfte den Aufschlag an

ihren Pferden zu einem Zeitpunkte ausführen lassen möchten, der entweder vor Beginn der Arbeit im Schmiedegewerbe oder nach Beendigung der Arbeit liegt. So kommt es, daß eine Reihe von Betrieben im Schmiedegewerbe, um für derartige Arbeiten bereitzustehen, des Morgens bereits um 6 Uhr beginnen und auch des Abends nach 8 Uhr, sogar nach 9 Uhr noch mit Aufschlagarbeiten oder Wagenreparaturen beschäftigt sind, während vielfach zu einem großen Teil des übrigen Tages die Arbeit ganz ruht, wenigstens soweit es sich um Aufschlagarbeiten handelt. Man wird auch nicht dem Schmiedegewerbe zumuten können, auf derartige Arbeiten zu verzichten, wenn man verhindern will, daß die größeren Betriebe des Transportgewerbes die Arbeiten in eigenen Werkstätten ausführen.

Alle Versuche dieses Gewerbes, in dieser Hinsicht eine Verringerung zu erreichen, sind bisher an dem Widerstand des Reichsarbeitsministeriums gescheitert. Das hier angeführte Beispiel ließe sich durch eine Reihe von Beispielen aus anderen Handwerks- und Gewerbebezügen, z. B. im Baugewerbe u. a. ergänzen. Es mag in diesem Zusammenhang genügen, um die Deffektivität darauf hinzuweisen, unter welchen Schwierigkeiten gerade Handwerk und Kleingewerbe bezüglich der Arbeitszeitfrage zu leiden haben. Wenn schon zurzeit eine gesetzliche Verringerung nicht durchführbar sein sollte, so wird es aber nicht zuviel verlangt sein, wenn das Handwerk fordert, daß in solchen Fällen in etwas weniger rigoröser Weise mit Strafen gegen die betreffenden Handwerksmeister bezw. die betreffenden Betriebe vorgegangen wird. Gewiß besteht die Möglichkeit, auf dem Wege über die Tarifverträge über die gesetzlich festgelegte Normalarbeitszeit hinaus eine Arbeitszeit, allerdings auch nur in beschränktem Umfange, zu vereinbaren. Diese Tatsache entkräftet aber in keiner Weise die vorstehend geschilderten Zustände, da doch die Erfahrung lehrt, daß gerade die Verhandlungen über abzuschließende Tarifverträge zu außerordentlich langdauernden Debatten führen und der betreffende Berufsstand bis zu der Zeit des endgültigen Zustandekommens eines Tarifvertrages von den durch das Gesetz hervorgerufenen Erschwerungen und Hemmnissen nicht befreit ist.

Wie wenig man gerade bezüglich der Arbeitszeitregelung auf die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes Rücksicht nimmt, beweisen auch die vom Reichsarbeitsministerium unter dem 31. Dezember erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Arbeitszeit in Bädereien und Konditoreien, die mit dem 1. Februar d. J. in Kraft treten und den Arbeitgebern vorschreiben, in ihren Betrieben ein Verzeichnis zu führen, in das die tägliche Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer mit Beginn, Pausen und Ende, unter Umständen zusammengefaßt nach Betriebsabteilungen, einzutragen ist. Gerade diese Maßnahme bedeutet für die Bäderei- und Konditoreibetriebe eine außerordentlich große Erschwerung. Das Handwerk hält es für seine Pflicht, auf die durch das Arbeitszeitgesetz hervorgerufenen Schwierigkeiten mit allem Nachdruck hinzuweisen, zumal bekannt wird, daß man mit dem Gedanken sympathisiert, die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes in der zuzeit dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorliegenden Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes zu übernehmen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt erhebt das Handwerk seine warnende Stimme und erwartet vor allem von den Männern, die dem Handwerk in den gesetzgebenden Körpern nahe stehen, daß sie sich bei den Beratungen um den erwähnten Gesetzentwurf mit allem Nachdruck für die berechtigten Forderungen des Handwerks einsetzen.

Stundenlöhne und Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten 1927

Wie der soeben veröffentlichte Bericht des arbeitsstatistischen Büros der Vereinigten Staaten ausweist, sind die mittleren Stundenlöhne um etwas mehr als 4 Cents im Laufe des Jahres 1927 gestiegen. Erfaßt sind nur die Löhne der Organisierten, die nicht ohne weiteres auf die Bezahlung im Lande schließen lassen. Der mittlere Stundenlohn beträgt 1,190 Dollar 1927, gegenüber 1,148 Dollar 1926. Eine Aufbesserung erfolgte in 64 Berufszweigen, während in 9 Berufszweigen Herabsetzungen stattfanden.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt 45,2 Stunden. Ein Vergleich mit 1913 zeigt eine Einkommensverbesserung von 159,3 v. H. und eine Verkürzung der Dauer der Arbeitszeit um 7,6 v. H. Gegenüber 1907 sind die Löhne rund verdreifacht.

Zeitpunkte aus-
entweder vor
Schmiedegerwerbe
Arbeit liegt.
Reihe von Be-
e, um für der-
hen, des Mor-
beginnen. und
Ihr, sogar nach
arbeiten oder
igt sind, wäh-
rohen Teil des
ganz ruht, we-
m Aufschlags-
wird auch nicht
ten können, auf
chten, wenn man
röheren Betrie-
s die Arbeiten
ausführen.
verbes, in die-
ig zu erreichen,
and des Reich-
tert. Das hier
sich durch eine
anderen Hand-
t, z. B. im Bau-
s mag in diesem
um die Deffen-
unter welchen
Sandwert und
der Arbeitszeit
nn schon zurzeit
nicht durchführ-
aber nicht zuviel
andwert fordert,
was weniger ri-
gegen die be-
angen wird. Ge-
auf dem Wege
der die gesetzlich
eit hinaus eine
nur in be-
ereinander. Die-
in keiner Weise
n Zustände, da
daß gerade die
uschießende To-
lich langdauer-
der betreffende
eit des endgülti-
s Tarifvertrages
hervorgehoben
nungen nicht be-
bezüglich der Ar-
Verhältnisse des
Müchicht nimmt,
eichsarbeitsmitt-
erlassenen Aus-
ur Verordnung
Büdereien und
n 1. Februar d.
den Arbeitsgebern
trieben ein Ver-
die tägliche Ar-
Arbeitnehmer mit
e, unter Umständen
Betriebsabtei-
gerade diese Maß-
adress- und Kon-
ordentlich große
verl hält es für
das Arbeitszeit-
wierigkeiten mit
eisen, zumal be-
it dem Gedanken
umungen des Ar-
den zurzeit dem
begutachtung vor-
s Arbeitsdungs-
ade unter diesem
Handwerk seine
erwartet vor allem
dem Handwerk in
schaften nahe ste-
Beratungen um
wurf mit allem
gten Forderungen

Arbeitszeit
Staaten 1927

öffentliche Bericht
ros der Vereinig-
ind die mittleren
mehr als 4 Cents
27 gestiegen. Er-
der Organisierten
auf die Bezahlung
en. Der mittlere
190 Dollar 1927,
1926. Eine Auf-
4 Berufsgruppen,
eigen Herabsetz-

Von Ihnen ist die Rede, wandle sich Evans ihm zu,
"von einem Traum und einem Schlaf, aus dem Sie mich
weden wollen und — gewest haben." Die Festeit
verwand aus seinen Augen, sie versunkenen lag. "Ich bin
Sie verstanden, Mr. Burton? Gewest haben!"
nach geworden!" Es klang fast drohend.

Der Disponent bis sich auf die Lippen. "Es geht auf
mich!" murmelte er. "Ich verstehe." Und in aufstimm-
der Wart zu Hagarth: "Sie haben mich verraten!"

Sch habe Mr. Evans vor Ihnen gewarnt, wie es meine
Pflicht war, entgegnete der junge Mann. "Sie weichen
mich in Ihre Pläne ein, weil ich von Hauke aus reich bin
und Sie einen kapitalistischen Teilhaber gebrauchen konn-
ten, wenn Sie die Firma Evans in Ihre Hand gebracht
hätten. Ich verstehe mich nicht ablehnend, und unterziehe
geheimen Absichten kennen zu lernen, und unterziehe
den Chef erst, als Sie mir anvertraut hatten, daß Sie auch
vor einer Gewalttat nicht zurückzucken würden, falls Mr.
Evans Ihnen nicht gewillig aus dem Wege ginge. Da
haben es mir freilich höchste Zeit zu sein, ihm die Augen
zu öffnen."

"Der Chef wird es Ihnen danken!" höhnte Burton.
"Ich tat es auch wegen Mr. Evans, auf die ich Ihre
nichswürdigen Pläne ja auch erwidern. Mr. Evans und
ich sind seit mehreren Monaten heimlich verlobt."

"Gratuliere!" Burtons Gesicht verzog sich zu einer Grin-
masse. "Und da ich nicht weiß, ob ich zur Hochzeit werde
erzählen können, sollen Sie mein Hochzeitsgeschenk schon
jetzt haben."

Er griff nach seiner Rocktasche.
"Aber man kam ihm zuvor — zwei Revolverläufe rich-
teten sich auf ihn."

"Bei einem Desperado, wie Sie, muß man auf alles
vorbereitet sein," sagte Evans. "Wollen Sie mit nun Aus-
kunft geben, um wieviel Sie mich in der Zeit, wo Sie in
meiner Firma tätig waren, befohlen haben?" Sie haben
es wahrlich nicht der Mühe wert gehalten, sich das zu mer-
ken, aber ich habe bereits nachgerechnet, es ist eine anstän-
dige Summe, mindestens neblig-bis achtzigtausend Dollar.
Können Sie das Geld zurückzahlen? Selbstverständlich
nicht. Und außerdem führten Sie ja sonst noch einiges ge-
gen mich im Schilde. Ich werde Sie verhaften lassen."

"Dazu waren Sie wohl von Anfang an entschlossen.
Warum erzählten Sie mir vorher Ihren angeblichen
Traum?" fragte Burton trocken.

"Um zu sehen, wie weit Sie Ihre Verschönerungskunst und
Dreistigkeit treiben, ob Sie Ihre Maske beibehalten, heu-
seln, lügen oder doch vielleicht ein reumütiges Gesand-
nis ablegen würden. Ich habe Sie, als ich letzteres für
möglich hielt, noch überlistet."

"Sie waren ja auch nicht offen zu mir. Der Traum
war eine Finte — oder haben Sie ihn wirklich geträumt?"
"Ich das augenblicklich Ihre größte Sorge? Nun, Sie
werden ja bald ausreichend Zeit haben, sich über diese
Frage den Kopf zu zerbrechen," meinte Evans.

"Lassen Sie die Polizei kommen, Hagarth!"
"Und wenn ich verpönte, alles gutzumachen, wenn ich
Sie um Verzeihung bitte —?" höhnte Burton, der
keinen anderen Ausweg mehr sah. "Ich will arbeiten, um
Ihnen den Schaden zu ersetzen. Im Geschäftshaus nütze ich
Ihnen nichts."

Evans und der junge Hagarth tauschen einen Blick des
Einkennens, und Hagarth zog seine Briefstafche und
entnahm ihr eine Anzahl Banknoten.

"Ich habe Sie um Ihren einträglichen Posten bei der
Firma Evans gebracht," sagte er, "hier sind tausend Dollar
Schmerzensgeld."

"Die Sie aber nur unter der Bedingung erhalten, daß
Sie noch heute die Stadt verlassen und nie wieder hierher
zurückkehren," fügte Evans hinzu.
Burton legte die Mappe mit den Geschäftspapieren auf
den Tisch und nahm das Geld.

Dann ging er schweigend zur Tür.
Aber dort wandte er sich noch einmal um. "Möchten
Sie mit noch nicht lachen, Mr. Evans, was es mit dem
Traume — ich meine, ob Sie ihn sich ganz ausgedacht haben
oder —"

"Sobald Sie Ihre Schuld bis auf den letzten Rest ab-
getragen haben," unterbrach ihn Evans. "Nicht eher.
Beziehen Sie sich damit! Aber ich fürchte, es wird wohl
ewig ein schöner Traum bleiben!"

Da! Ich sage Ihnen was!

Was alles "sagt" wird.

Aber, bitte, nicht weiter lachen! Also ich sage Ihnen —
ich sage Ihnen — — — — —
gleich lachen? Ach ja — also mein Gedächtnis! Ich sage
Ihnen, mein Gedächtnis verläßt jetzt so oft — aber kom-
men wir zur Sache. Sagen Sie, haben Sie schon einmal
gehört, wenn sich zwei Menschen die Wahrheit lagten? Was
da manchmal alles gesagt wird! Also gehern im Goldenen
Löwen — soll ich's wirklich lachen? Ich fürchte, Sie wissen
doch nicht recht? — — — — —
denn weiterlachen ist unfein, sagt man. Also hören Sie!
zwei Männer tritten sich im Goldenen Löwen — — — — —
"Sie!" sagte der eine. "Ich sage Ihnen nochmals — — — — —"
"Was?" sagte der andere aufgebracht. "Sie wollen mir
was sagen? Sie, wenn hier einer was sagt, dann sage ich
was, verstanden? Sie haben überhaupt nichts zu sagen!
Und wenn Sie lachen, mein Freund Schälke hätte gesagt,
er widerrufe das Geklagte, dann lachen Sie die Unwahrheit,
sonst lache ich Ihnen!"

"Und ich sage Ihnen nochmals — — — — —"
"Nichts lachen Sie mehr! Schälke hat mir selbst gesagt,
daß er für die Sache aufgibt, und wenn Schälke A sagt,
dann sagt er auch B. Mir selbst hat er damals gesagt, daß
ihm die Sache zulegt, und darum verläßt er jetzt auch nicht
— und wenn Sie heute auch nochmal das Gegenteil lachen!"
— — — — —
Sagen Sie mal, verzeiht der Leser, wissen Sie nun eigent-
lich, um was es sich gehandelt hat?

Na, sehen Sie, ich habe es ja gleich gesagt!

Nordischer Humor.

Zum letzten Mal. "Nicht frage ich dich zum letzten Mal,
ob du mir die dreihundert Mark zurückgeben willst, die ich
die im Frühjahr geborgt habe?" — — — — —
"Na, es freut mich,
daß ich diese dumme Frage nun zum letzten Mal hören
muß."

So eitel wäre sie nicht. "Marie, nun pugen Sie mir
mal das Tüchlein so blank, daß ich mich darin spiegeln kann."
— — — — —
Wenn ich gnädige Frau wäre, ich weiß nicht, dann
wäre ich nicht so eitel!

Und immer die Zerknirschtheit. Die Hausdame meldet
an: "Der Herr ist da, Herr Professor!" — — — — —
"Ach was, ich
habe keine Zeit; lachen Sie ihm, daß ich krank sei!"

Rästel-Ged.

Charade.

Das Erste nennt ein großes Rund,
Das Zweite ist giftig und gesund,
Das Ganze bricht gern deine Hand
Zur Sommerzeit am Walbestand.

Logogriff.

Mit "s" und doppelt "m"
Ist's immer angenehm
Mit doppelt "n" und "d"
Erstreckt's dich aus der Höl.

Auflösungen aus letzter Nummer.

Charade: Edelweiß.
Wunderlog: Aufgabe:

○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
○	○	○	○	○	○	○	○	○	○

Der Familienfreund

Unterhaltungsbeilage zur "Brühler Zeitung"

Druck und Verlag: Brühler Zeitung, Buchdruckerei Peter Becker & Co. m. b. H.



Roman von Richard Nordmann

(Nachdruck verboten.)

Plötzlich hatte ihr der Atem — sie griff sich an die
Stirne, als könne sie dadurch die auf sie einströmenden
Gedanken hemmen, dann taumelte sie, lehnte sich an die
kalte Wand und presste ihre Stirn fest dagegen. Seit dem
Tode ihrer Mutter hatte sie kein ähnliches Weh in ihrem
Leben empfunden. Ihr Vater hielt sie für fähig, daß sie
nur darum gekommen war, um sich eine große Mühsal zu
schaffen —!

So, bleich und verstört, das Gesicht gegen die Wand
gedrückt, fand sie Ingenio, der die Marmorsäulen vom Park
emporeit.

Die Erregung der Erwartung war bei Ingenio so groß,
daß er sein Wort hervorbrachte, als er sie gewahrte. Er
breitete bloß die Arme aus, und mit einem Aufschluchzen
laut Elena hinein. Sie lehnte den Kopf an seine Schulter
und schloß die Augen, sie fühlte keine heissen, ättern-
Gippen auf ihren Wangen, auf Stirn und Augen, ihre
Arme umschlangen seinen Hals, und sie fühlte sich plötzlich
wieder stark werden, beschützt durch seine Liebe, gehoben
durch die Zuversicht, einen Menschen zu wissen, der ihr ge-
hörte mit jeder Faser seines Seins und seiner Seele.
Hätte sie im Augenblick nicht die seltsame, unumstößliche Ge-
wissheit empfunden, so wäre sie, von der Kälte und Härte
ihres Vaters, von dem mit so rücksichtsloser Offenheit ge-
äußerten Verdachte niedergeschmettert, vielleicht zum-
mengebrochen, aber so verlor die Bitterkeit der letzten
Stunden: sie zog den Gefierten nach dem Park, weit hin-
unter bis zu den Felsen, die ins Meer ragten. Dort
wuchsen die Felsenbäume und Agaven, dort kletterten
glühende Kollen über das Gestein und über die Galla-
struben, und dunkle Federn und Zypressen träumten dort,
reglos und kaum gestreift von dem leise flüsternden Abend-
winde.

— Hast du schon mit deinem Vater gesprochen? — flüsterte
Ingenio endlich, als der erste Wiedersehensrausch vorüber
war.

— Ich habe ihm vor einer Viertelstunde gesagt, daß ich
mich mit dir verlobt habe, — bestärkte Elena befangen.
— Aber ich glaube, Ort und Zeit waren nicht richtig ge-
wählt! —

— Du verschweigst mir etwas! — brach Ingenio aus. — Er
ist gegen mich, wie es deine Mutter war.

— Gut, nehmen wir es an — ich lasse nie von dir! Ich
werde bald vollständig und Herrin meiner Handlungen."

Er presste sie an sich, aber plötzlich verdrängte sich seine
Augen, er starrte vor sich hin, und das schöne Antlitz mit
den dunklen Augen war blank.

— Wänter beschleicht mich ein merkwürdiges Gefühl,
eine schwere Ahnung, daß wir einander niemals ange-
hören werden, — murmelte er.

12. Fortsetzung.

Elena verlor in diesem Augenblick die Empfindung
dafür, daß der Mann dort ihr Vater, daß sie seine Tochter
war, so fremd erschien er ihr. Nichts an seinem Aussehen
ermahnnte daran, niemand hätte ihn für den Vater eines
ermachlenen Mädchens halten müssen, alles an ihm war
jugendlich geblieben, keine Gestalt, kein schönes Antlitz, das
tiefe Schwarz seiner Haare und der wunderbare Glanz
seiner nachdunklen Augen, in denen es bei Nennung von
Ihnen Namen so jählich aufgelaht war.

Plötzlich hatte Elena's Atem, ein Gedanke war ihr durch
den Kopf geschossen: War es wirklich väterliche Zärtlich-
keit, die da so tief in seinen Augen leuchtete, war es nicht
ein anderes Gefühl, das er sich selber nicht eingestand?

Das junge Geschöpf droben war schön, begabter und schon,
und er war ein Jammer —

Elena erbeute. Sollte sie es wünschen, daß das kleine
Geschöpf das Herz des Mannes gelangengommen hatte
nicht das des Vaters? Wenn er sie mit der Zärtlich-
keit des Mannes liebte, dann konnte sie, Elena, das Herz
des Vaters noch gewinnen. Aber bei dem Gedanken,
daß das fremdartige Geschöpf den Platz ausfüllen sollte,
den einst ihre Mutter eingenommen hatte, überließ sie sie
heiß, und mit mühsam beherrschter, aber ruhiger Stimme
sagte sie:

— Ich freue mich, wenn du an der Kleinen einen Ersatz
für das gefundene hast, wenn du das Schicksal entrisen hat.
Es wäre mir ein Trost gewesen, wenn ich das früher ge-
wußt hätte. Der Gedanke, daß du in deinem Hause so ganz
allein lebst, hat mich viele Tränen gekostet.

— "Gib!" rief Kallestrazi fast wie beunruhigt aus. — "Und
hastig? Du hast also um mich Tränen vergossen! — Und
konntest trotz der vielen Tränen so lange fortbleiben?"

Sahahaha, das ist doch wirklich tödlich! — Und jetzt, wo
du in San Marina deinen Liebsten hast, wo du dich hier
verheiraten willst, jetzt endest du auch noch plötzlich deine
heime Liebe für mich? Das war nicht nötig, mein liebes
Kind, du hättest ruhig kommen und lachen können, welche
Gründe für dich bestimmend waren, ins Vaterhaus zurück-
zukehren. Ich hatte mit vergessens den Kopf darüber ger-
brochen, was einen so unerwarteten Umschwung in dir
herbeigeführt haben mochte — nun weiß ich es: du willst
dich verheiraten und — beruhige dich nur, — sagte er iro-
nisch, — ich werde schon in den nächsten Tagen Gelegenheit
nehmen, alles ins reine zu bringen. Du kannst danach deine
weiteren Gefühle für mich einrichten." Er lachte wieder
voll schneidendem Sarkasmus auf, rüttelte an seinem Hut
und ging. Elena wollte ihn zurückrufen, etwas sagen,
fragen, aber sie war ganz verwirrt von der Unschärfe
seiner letzten Worte. Was meinte er, welche Gründe hatten
sie heimgeführt, was wollte er in den nächsten Tagen ins
"nein bringen?"

